



Bürgerleitfaden "Familienfreundlicher Wohnort Hamburg"
Anregungen, Beispiele, Dokumentation

Diskussion im Internet 2005



Metropole Hamburg
Wachsende
Stadt



**Bürgerleitfaden
„Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“**

Anregungen, Beispiele, Dokumentation

**Diskussion im Internet 2005
www.familienleben.hamburg.de**

INHALT

Vorwort

Bürgerleitfaden „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ Auswertung der Internetdiskussion 2005

Rolf Lührs, TuTech Innovation GmbH

Familienfreundlicher Wohnort Hamburg – ein Kommentar

Dr. Andreas Borchers,

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH

Vorwort

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

ob eine Großstadt überhaupt familienfreundlich sein kann, bin ich unlängst gefragt worden. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Sie muss es sein, wenn sie zukunftsfähig sein will. Ohne Familien, ohne Kinder ist eine gedeihende und wachsende Stadt nicht denkbar. Familien übernehmen viele wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft und sind tragende Pfeiler für ein gutes und menschliches Miteinander. Der Gedanke der Familienfreundlichkeit ist deshalb auch im Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ fest verankert. An vielen verschiedenen Stellen wird daran gearbeitet, Hamburg für Familien attraktiv zu machen.

Doch wann ist ein Wohnort familienfreundlich? Wie familienfreundlich ist die Metropole Hamburg schon und was kann verbessert werden? Bei der Internetdiskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ war hierzu die Meinung der Familien selbst – also der Experten vor Ort – gefragt. Vier Wochen lang konnten alle Interessierten ihre Auffassung zum Thema äußern, diskutieren und Vorschläge machen. Diese moderne Form der Bürgerbeteiligung im Internet wurde von vielen Menschen genutzt und ich freue mich sehr, Ihnen mit dem **Bürgerleitfaden „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“** die Ergebnisse eines engagierten, kritischen, manchmal kontroversen, insgesamt aber konstruktiven Dialogs präsentieren zu können. Der Bürgerleitfaden enthält einen Bericht über die Inhalte der Diskussion, eine Checkliste mit Merkmalen für familienfreundliches Wohnen und illustriert familienfreundliches Wohnen am Beispiel verschiedener Hamburger Quartiere. Insgesamt ergibt sich damit eine anschauliche Zusammenfassung der maßgeblichen Diskussionspunkte mit zahlreichen Vorschlägen, die sich an ganz verschiedene Adressaten richten. Dabei hat sich gezeigt, dass Familienfreundlichkeit von den Bürgern ganzheitlich verstanden wird: als ein Mosaik aus vielen Einzelteilen. Dazu gehört geeigneter Wohnraum genauso wie flexible Kinderbetreuung, eine gute Verkehrsanbindung, verständnisvolle Nachbarn und vieles mehr.

An der familienfreundlichen Gestaltung des Wohnortes Hamburg müssen deshalb viele Kräfte mitwirken. Der Bürgerleitfaden „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ wird Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Arbeitgebern, Vermietern und Nachbarn dabei viele wichtige Hinweise und Anregungen geben.

Ihre Birgit Schnieber-Jastram



Zweite Bürgermeisterin der Freien und Hansestadt Hamburg

**Bürgerleitfaden
„Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“**

Anregungen, Beispiele, Dokumentation

www.familienleben.hamburg.de

Rolf Lührs, TuTech Innovation GmbH

Inhaltsverzeichnis

1.	Zielsetzungen	10
2.	Diskussionsverlauf	11
3.	Teilnehmerinnen und Teilnehmer	13
4.	Auswertungsmethode	14
5.	Diskussionsergebnisse	16
5.1	Familienpolitische Diskussion	16
5.2	Verfügbarkeit preiswerten bzw. „bezahlbaren“ Wohnraums	17
5.3	Bewertung einzelner Quartiere	21
5.4	Wohnraumzuschnitt und -ausstattung	22
5.5	Architektur/ Wohngebietsplanung	23
5.6	Wohnumfeld	25
	5.6.1 Plätze und Freiflächen	25
	5.6.2 Kinderbetreuung und Schulen	27
	5.6.3 Verkehr	32
5.7	Lebendiges Quartier	34
	5.7.1 Quartiers- und Wohnraummanagement	34
	5.7.2 Beratungsangebote, Nachbarschaftshilfe und Treffpunkte	36
5.8	Familienfreundliche Gesellschaft	37
5.9	Fazit	39
5.10	Checkliste Familienfreundlicher Wohnort Hamburg	41
	Familienfreundlicher Wohnort Hamburg – ein Kommentar	46

1. Zielsetzungen

Zum Thema *Familienfreundlichkeit in Wohnungsbau und Stadtentwicklung* gibt es bereits eine Reihe von empirischen Untersuchungen. In vielen Bereichen wurden Vorgaben gemacht, die zu mehr Familienfreundlichkeit beitragen sollen. Stadtplaner und Fachpolitiker orientieren sich daran bei der Planung oder Erneuerung von Wohngebieten. Wie aber sieht die Meinung der Hamburger Bürgerinnen und Bürger aus? Stimmt sie mit der Meinung der Experten überein? Wie wird die Großstadt Hamburg von Familien gesehen?

Um diese und ähnliche Fragen besser beantworten zu können, hat der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Familien und Interessierten vom 17.10 - 12.11.2005 im Rahmen des Online-Dialogs „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ ein Forum geboten, in dem alle Aspekte familienfreundlichen Wohnens diskutiert werden konnten.

Die Internetdiskussion wurde nach dem DEMOS-Verfahren¹ gestaltet und verlief in drei Phasen:

In der ersten Phase waren die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert detailliert darzulegen, was familienfreundliches Wohnen aus Ihrer jeweiligen Sicht genau bedeutet. Die sich aus dieser Diskussion ergebenden

Merkmale wurden von den Moderatoren ausgewertet, gruppiert und zu einer Checkliste zusammengestellt.

Diese Checkliste sollte dann in der zweiten Diskussionsphase an konkreten Wohngebietsbeispielen (Quartieren) aus den sieben Hamburger Bezirken erprobt werden. Die Beispiele repräsentierten unterschiedliche Quartierstypen, die für Familien mit spezifischen Vor- und Nachteilen verbunden sind. In der Diskussion sollten die Vor- und Nachteile der Beispielsquartiere mit Hilfe der Checkliste identifiziert und bewertet werden. Gleichzeitig wurde die Liste dabei ergänzt, differenziert und überarbeitet.

In der dritten Phase wurden vor dem Hintergrund der Diskussionsergebnisse Handlungsempfehlungen erarbeitet. Diese Empfehlungen betrafen alle wichtigen Aspekte familienfreundlichen Wohnens.

Das Ergebnis der Online-Diskussion ist der vorliegende **Bürgerleitfaden „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“**. Dieser Leitfaden umfasst eine Checkliste für Wohngebiete, illustriert familienfreundliches Wohnen an konkreten Hamburger Beispielen und gibt Mietern, Eigentümern, Planern, Politik und Verwaltung Hinweise für die familiengerechte Gestaltung des Wohnortes Hamburg.

¹ DEMOS steht für Delphi Mediation Online System und ist ein internetgestütztes Beteiligungsverfahren, das von der TuTech Innovation GmbH im Rahmen eines EU-Projektes entwickelt worden ist. Vgl. Luehrs, R., Malsch, T., Voss, K. (2001): Internet, Discourses and Democracy; in: T. Terano et al. (Eds.): New Frontiers in Artificial Intelligence. Joint JSAI 2001 Workshop Post-Proceedings. Heidelberg.
Mehr Informationen auch unter www.tutech.de/ik

2. Diskussionsverlauf

Für die Internetdiskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ haben sich 471 Teilnehmerinnen und Teilnehmer registrieren lassen, die etwa 2200 Beiträge geschrieben haben. Mehr als 12000 Besucher konnten verzeichnet werden; die verschiedenen Seiten der Diskussionsplattform wurden zusammen über 50.000-mal abgerufen.

Die Diskussionsatmosphäre war konstruktiv, Regelverstöße, z.B. Beleidigungen anderer Teilnehmer oder von Personen außerhalb des Forums kamen nur sehr selten vor. Solche Beiträge wurden von den Moderatoren gelöscht und an die Verfasser mit der Bitte gesandt, den Beitrag regelkonform zu formulieren und ggf. wieder ins Forum zu stellen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten das Thema Familienfreundlicher Wohnort intensiv und mit viel Engagement: Aussagen wurden mit Argumenten belegt und/ oder mit Gegenargumenten relativiert, Nachfragen der Moderatoren meistens ausführlich beantwortet. Wie schon bei der DEMOS-Diskussion zum Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ (2002) konnte die Unabhängigkeit der Moderation glaubwürdig kommuniziert werden.

In der ersten Phase, die vom 17. bis 24.10.2005 lief, sollten alle Aspekte des „Familienfreundlichen Wohnorts Hamburg“ diskutiert und aus dieser Diskussion heraus Merkmale familienfreundlichen Wohnens identifiziert werden. Beides wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern geleistet. Dabei beschränkte sich die Diskussion allerdings nicht auf das Thema Wohnen. Stattdessen wurde das gesamte Feld der Familienpolitik diskutiert sowie Wünsche, Anregungen, Vorschläge und Forderungen geäußert bzw. erhoben.

Die Moderatoren haben aus den Merkmalen und den Diskussionsbeiträgen die „Checkliste Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ entwickelt, die in der zweiten Diskussionsphase dazu dienen sollte, konkrete Wohngebiete auf ihre Familienfreundlichkeit hin zu überprüfen.

Hierfür sind insgesamt 11 Beispielquartiere beschrieben und illustriert worden. Diese Quartiere repräsentieren ganz unterschiedliche Wohnformen und -gebiete verteilt über alle sieben Hamburger Bezirke. Die Beispielquartiere wurden vier Typen zugeordnet, je nach Lage (Innenstadt/ Stadtrand) und Bauform (Geschossbau/ Einfamilienhaus). Für jeden Quartierstyp wurde ein eigenes Unterforum eröffnet.

Die Teilnehmer wurden auch aufgefordert, ggf. andere Quartiere in diesen Unterforen zu diskutieren.

In der ersten Woche der zweiten Phase wurde dieses Angebot zwar angenommen. Der Diskussions-schwerpunkt lag aber weiterhin auf übergeordneten Fragestellungen, die im Hauptforum diskutiert worden sind. Daneben gab es eine Reihe von Diskussionsbeiträgen, die das jeweils eigene Quartier mit Hilfe der Checkliste bewerteten. Diese Beiträge fielen sehr detailliert und kenntnisreich aus – die entsprechenden Diskussionsäste entwickelten sich allerdings deutlich langsamer als diejenigen im Hauptforum. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass die Teilnehmer über ganz Hamburg verteilt waren (vgl. 3. Teilnehmerinnen und Teilnehmer) und die Teilnehmerzahl insgesamt nicht dafür ausreichte, die Familien-freundlichkeit einzelner Quartiere intensiv zu diskutieren.

In der dritten Phase wurden die bis zu diesem Zeitpunkt entwickelten Vorschläge zu den verschiedenen thematischen Aspekten vervollständigt und abschließend diskutiert.

Am 6.11. und am 8.11. wurden darüber hinaus neunzigminütige Livediskussionen mit Expertinnen und Experten der drei in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien durchgeführt. Den Anfang machte am Sonntag dem 6.11 die familienpolitische Sprecherin der SPD Fraktion Carola Veit. Am 8.11 folgte vormittags Claudius Lieven, Fachsprecher für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der GAL-Fraktion. Am Nachmittag des gleichen Tages haben Karen Koop, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU und Sprecherin für Familie sowie Dr. Natalie Hochheim, Sprecherin für Stadtentwicklung der CDU-Fraktion, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert. Diese Diskussionen sind auf sehr gute Resonanz gestoßen und waren geprägt von einem konstruktiven und respektvollen gegenseitigen Umgang.

Neben den Politikerinnen und Politikern haben sich auch die bekannten Fernsehmoderatorinnen Eva Herman und Bettina Tietjen den Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestellt und über ihre Erfahrungen als berufstätige Mütter in Hamburg berichtet.

3. Teilnehmerinnen und Teilnehmer

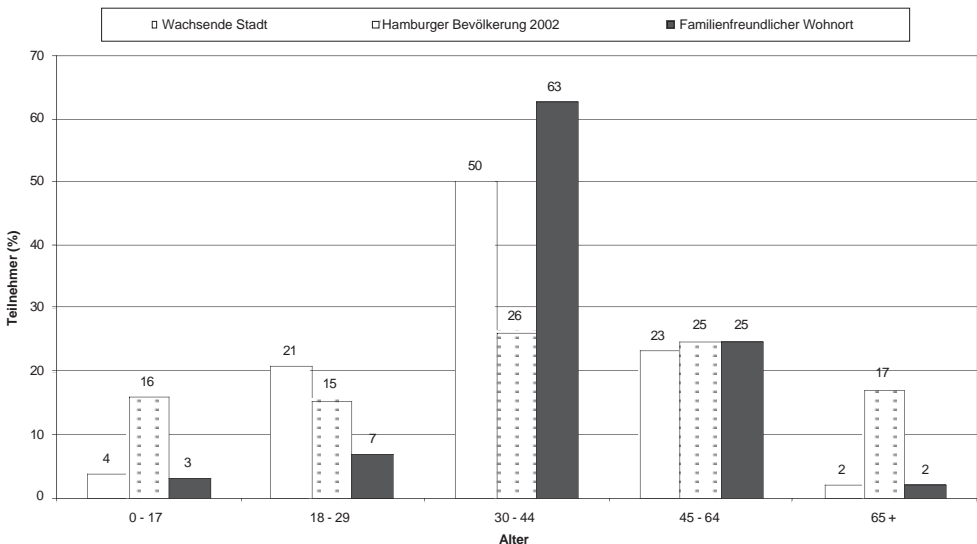
Bei der Registrierung wurden u. a. soziodemografische Daten abgefragt, die 341 Teilnehmerinnen und Teilnehmern beantwortet haben. Die Auswertung der Daten hat ergeben, dass sich mehr Frauen als Männer (62%:38%) an der Diskussion beteiligten. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass insgesamt immer noch mehr Männer als Frauen das Internet als Kommunikationsmedium nutzen. An der Internetdiskussion zum Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“, die im November 2002 ebenfalls nach dem DEMOS Verfahren durchgeführt worden ist, haben sich bspw. zu mehr als 70% Männer beteiligt.

Hinsichtlich der Alterstruktur waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter von unter 30 (10% der Teil-

nehmer/innen gegenüber 31% der Hamburger Bevölkerung) und über 65 Jahren (2%: 17%) deutlich unterrepräsentiert. 62% der Nutzerinnen und Nutzer waren zwischen 30 - 44 Jahre alt während dies im Hamburger Durchschnitt nur 26 % sind. Die Gruppe der 45 – 64-Jährigen entsprach mit etwa 25% dagegen genau dem Anteil in der Hamburger Wohnbevölkerung.

Im Vergleich zur Online-Diskussion „Wachsende Stadt“ fällt auf, dass sich die Gruppe der 18 – 29-jährigen deutlich weniger an der Diskussion beteiligt hat. Waren 2002 etwa 21% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in dieser Altersgruppe, sind es bei der Diskussion zum „Familienfreundlichen Wohnort Hamburg“ nur 7% gewesen.

Altersverteilung



Der Bildungsstand der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war vergleichsweise hoch: Etwa 50% verfügen über eine Hochschulreife (Abitur) und weitere 25% haben ein Hochschulstudium abgeschlossen. Ein Fünftel der Befragten hat die Realschule besucht, weniger als 4% die Hauptschule und nur ein Teilnehmer gab an, keinen Schulabschluss gemacht zu haben.

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer (65%) sind verheiratet und 37 % leben ohne Partner (ledig, getrennt, geschieden oder verwitwet). Nur 3% der Befragten haben dagegen angegeben, in einer (eheähnlichen) Partnerschaft zu leben.

Etwa 11% der Befragten haben keine Kinder, 36% leben mit einem Kind,

weitere 36% mit zwei und 16% mit drei oder mehr Kindern zusammen. Im Hamburger Durchschnitt leben dagegen nur noch in 18% der Haushalte Kinder.

Die Verteilung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die sieben Hamburger Bezirke entspricht in etwa dem Durchschnitt der Hamburger Bevölkerung. Während Teilnehmer aus Altona (16% der Teilnehmer gegenüber 14% der Hamburger), Eimsbüttel (19%:14%) und Wandsbek (25%:23%) leicht überrepräsentiert waren, kamen aus Harburg (10%:12%), Mitte (9%:14%) und Nord (12%:16%) entsprechend weniger Teilnehmer. Etwa 7% der Befragten kamen aus Bergedorf, was dem Anteil der Hamburger Bevölkerung in diesem Bezirk entspricht.

4. Auswertungsmethode

Die Auswertung von Internetdiskussionen ist ein neues Feld für Kommunikations-, Text- und Inhaltsanalysen, das eine modifizierte Anwendung sozialwissenschaftlicher Auswertungsmethoden ermöglicht und erfordert. Das Material einer Internetdiskussion kann als Kommunikationsprotokoll gelesen und qualitativ ausgewertet werden. Bei allen Differenzen der verschiedenen Auswertungsansätze² läuft das letztlich auf eine Verdichtung und

Zusammenfassung der Beiträge hinaus. Eine solche Verdichtung wird z.B. dadurch erreicht, dass Originalbeiträge paraphrasiert, bedeutungsgleiche Passagen gestrichen und übergreifende Kategorien gebildet werden, um die Ergebnisse strukturiert präsentieren zu können.

Allerdings ergibt sich bei großen Internetdiskussionen mit vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bereits im Verlauf die Notwendigkeit

² Vgl. z.B. Mayring, Philipp (1983): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag oder Strauss, A./ Corbin, J. (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim und Basel: Beltz Verlag

von Verdichtungen und Zusammenfassungen und nicht erst an deren Ende. Erst fortlaufende – hier: tägliche – Zusammenfassungen stellen die vielen Einzeläußerungen in einen Diskussionszusammenhang und ermöglichen eine ergebnisorientierte Führung. Gleichzeitig wird die Inhaltsanalyse dadurch gewissermaßen demokratisiert: Jede Zusammenfassung ist zugleich Auslassung und Interpretation. Wurde etwas vergessen, hinzugefügt oder missverstanden? Die täglichen, von den Moderatoren erstellten Zusammenfassungen erlauben es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu überprüfen, ob alle wesentlichen Diskussionspunkte aufgenommen und korrekt dargestellt worden sind.

Sollen diese Vorteile bei der Gesamtauswertung genutzt werden, muss sie sich vor allem auf die täglichen Zusammenfassungen stützen. Im vorliegenden Fall wurden dementsprechend die Zusammenfassungen der 26 Diskussionstage auf thematische Gemeinsamkeiten hin analysiert und das Material entsprechend gruppiert. Innerhalb der thematischen Blöcke wurden dann die verschiedenen inhaltlichen Aspekte herausgearbeitet. Um möglichst dicht am Ausgangsmaterial zu bleiben und gleichzeitig auch ein Eindruck von der Diskussionsatmosphäre zu geben, wurden die meisten thematischen Aspekte durch Originalzitate illustriert.

Darüber hinaus konnte die Auswertung auch von anderen Besonderheiten des Diskussionsverfahrens (DEMOS-Prozess) profitieren. So stand bereits

am Ende der ersten Phase eine „Checkliste“ zur Verfügung, die eine Zusammenfassung aller von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genannten Kriterien familienfreundlichen Wohnens darstellt. Diese Checkliste war ebenfalls nach Themenfeldern geordnet. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden die einzelnen Themenfelder von den Moderatoren immer wieder in die Diskussion eingebracht und darum gebeten, die Listen durch weitere Vorschläge zu vervollständigen. Diese stichwortartigen Vorschlagslisten bilden inhaltlich alle relevanten Diskussionsbeiträge ab und werden als Ergänzung zur beschreibenden Auswertung dargestellt.

Die Auswertung wurde arbeitsteilig vom DEMOS Team durchgeführt, das aus den TuTech-Mitarbeitern Rolf Lührs (Leitung), Birgit Hohberg (Moderation) sowie aus den Moderatoren Christopher Cohen (Büro für Öffentlichkeitsarbeit) und Markus Birzer (Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur) bestand. Alle Mitarbeiter sind studierte Sozialwissenschaftler. Die täglichen Zusammenfassungen wurden von dem am jeweiligen Tag verantwortlichen Moderator erstellt und von den anderen Teammitgliedern gegengelesen und ggf. kommentiert. Die Gesamtauswertung wurde auf dieser Basis vom Projektleiter durchgeführt und von allen Teammitgliedern ergänzt. Auf diese Weise sollte eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Auswertungsergebnisse sichergestellt sein.

5. Diskussionsergebnisse

5.1 Familienpolitische Diskussion

Im Mittelpunkt der Online-Diskussion sollte das Thema „Familienfreundlicher Wohnort“ stehen. Gleichwohl haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Beginn an das gesamte familienpolitische Themenspektrum diskutiert. Insbesondere in der ersten Diskussionsphase wurde in vielen Beiträgen kritisiert, dass Familien mehrfach von Spar- und Reformvorhaben betroffen seien und die Interessenlage von Familien nicht ausreichend berücksichtigt würden. Diese Sichtweise wurde vor allem mit den Reformen im Bereich Kinderbetreuung (KitaCard) und Schule (Schließungen, Büchergeld) begründet. Einsparungen im familienpolitischen Bereich wurden häufig direkt Investitionen im Kontext der „Wachsenden Stadt“ gegenüber gestellt und daraus der Schluss gezogen, dass genügend Geld zur Verfügung stünde, es aber an den falschen Stellen ausgegeben werde.

Um ein Beispiel zu geben: Aus einem Beitrag mit der Überschrift „Elbphilharmonie vs. Büchergeld“ hat sich zwischen dem 21.10 und 30.10.2005 ein Diskussionsast entwickelt, der 28 Beiträge umfasste. Dieser „Thread“ wurde 452-mal aufgerufen und ist damit der am häufigsten gelese- ne Nutzerbeitrag. Der Tenor des Ausgangsbeitrages lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass die Familien Ziel einer Vielzahl von Sparmaßnahmen seien, wie etwa bei der Bildung (Büchergeld), bei sozialen

Projekten für Jugendliche etc., gleichzeitig aber viel Geld für „Prestigeobjekte“ wie die Elbphilharmonie ausgegeben werde. Zwar gibt es innerhalb dieser Diskussion auch eine Reihe von widersprechenden Beiträgen, in denen sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Elbphilharmonie einsetzen, das Büchergeld rechtfertigen oder kritisieren, dass nicht Kulturelles gegen Soziales ausgespielt werden sollte. Dennoch haben die meisten der Antworten einen dieser Kritik grundsätzlich zustimmenden Charakter. Dieser Eindruck bestätigt sich angesichts einer Reihe von anderen Beiträgen mit vergleichbaren Aussagen. Vor diesem Hintergrund wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Verschiebung politischer Prioritäten zugunsten der in Hamburg lebenden Familien gefordert.

Die Auseinandersetzung um politische Prioritäten steht unter dem Eindruck der bereits realisierten Vorhaben – neuere Beschlüsse, wie bspw. die im Zusammenhang der familienpolitischen Senatsklausur in Husum (2005) getroffen wurden, spielten dagegen keine Rolle. Auch konnte der Eindruck gewonnen werden, dass es hier vielen nicht in erster Linie um eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Maßnahmen ging, sondern darum, ihrem Unmut über eine aus ihrer Sicht nicht ausreichende politische Berücksichtigung von Familien Ausdruck zu verleihen.

5.2 Verfügbarkeit preiswerten bzw. „bezahlbaren“ Wohnraums

a.) Einschätzung der gegenwärtigen Situation

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich im Forum zu diesem Thema geäußert haben, vertreten die Ansicht, dass in Hamburg zu wenig preiswerter bzw. bezahlbarer Wohnraum für Familien zur Verfügung steht. Das gelte vor allem für größere Mietwohnungen im innenstadtnahen Bereich und hier besonders in den beliebten Vierteln (z.B. Eimsbüttel, Altona, Eppendorf, Rotherbaum). Auch die Grundstückspreise werden als zu hoch empfunden, sodass es sich nur wenige Familien leisten könnten, im Hamburger Stadtgebiet zu bauen. Die relativen Begriffe „preiswert“ und „bezahlbar“ wurden dabei im Hinblick auf die Lebenssituationen von Familien mit Kindern konkretisiert und differenziert.

Nach Ansicht der Diskutanten stellt sich die Situation für **Alleinerziehende** besonders schwierig dar, u. a. weil hier die mit der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit verbundenen Probleme häufig dazu führten, dass nur unterdurchschnittliche Einkommen zur Verfügung stünden. Gleichzeitig seien Alleinerziehende umso mehr auf soziale Netzwerke und eine dichte Infrastruktur angewiesen, die eben vor allem in innenstadtnahen und beliebten Vierteln geboten werden. Dort eine Wohnung zu finden bzw. eine solche zu halten, sei für diesen Personenkreis entsprechend schwer. „Von meiner beruflichen Situation hängt außerdem ab, ob wir unsere Wohnung behalten dürfen

oder nicht. Dabei ist sie für Hamburger Verhältnisse günstig, zentral, nicht im Reichen- oder Armen-Ghetto gelegen, sondern innerhalb einer guten Bevölkerungsmischung... Ich will hier bleiben, aber wie?“, fragte bspw. eine arbeitsuchende und allein erziehende Mutter.

Auch **junge Paare mit Kind(ern)** sind aus verschiedenen Gründen stark auf die genannten innenstadtnahen Viertel fokussiert: Hier finden sie ein auf die Bedürfnisse junger Erwachsener zugeschnittenes Angebot. Für junge Familien mit einem Kind finden sich auch noch bezahlbare Wohnangebote. Diese Bezahlbarkeit wird allerdings teilweise mit einem Verzicht auf Komfort, Größe aber auch auf Instandhaltung erkaufte: „Wohnen ist so teuer“, meint dazu eine Teilnehmerin, die ihre Situation folgendermaßen beschreibt: „Ich wohne eigentlich sehr gerne in Eimsbüttel. Müsste ich umziehen, könnte ich den geforderten Mietpreis aber nicht bezahlen. Unser Vermieter wohnt in Stuttgart und da wir auch keinen Hausmeister haben, sieht das Wohnhaus dementsprechend aus. Eine Balkonsanierung ist seit 5 Jahren nötig, es gab aber nur einen Brief: ab jetzt ist die Nutzung untersagt. Trotz mehrfacher Nachfrage passiert nichts (...) Soll man auf Ignoranz hoffen, damit das Wohnen weiterhin so günstig bleibt?“

Familien mit zwei und mehr Kindern geben an, schwer entsprechende Wohnungen in den bevorzugten Vierteln zu finden. Mit ansteigendem Lebensalter und höherer Kinderzahl verschiebt sich allerdings der Fokus tendenziell von der Wohnung zum Haus. Damit verbunden kommen mehr Quartiere als attraktive Wohnlagen in Betracht. Für diese Gruppe sind dann vor allem die vergleichsweise hohen Grundstückspreise in Hamburg ein Problem. Von verschiedenen Teilnehmern wurde in diesem Zusammenhang gefordert, die Eigentumsbildung für Familien zu erleichtern. Charakteristisch erscheint folgende Schilderung:

„Wir wohnen seit 3 Jahren auf der Trabrennbahn Farmsen und fühlen uns hier eigentlich sehr wohl. Allerdings steigen auch hier stetig die Mieten, sodass wir bei 85 qm auch schon 810 Euro zahlen. Lange suchen wir schon nach einem bezahlbaren Reihenhaus, die Suche nach einem Einzelhaus oder DHH haben wir längst aufgegeben. (...) Wo sind denn die bezahlbaren Baugebiete für junge Familien, bei dem kein Partner Millionär ist? Diese vermissen wir in Hamburg sehr und tragen uns immer mehr mit dem Gedanken, nach Schleswig-Holstein auszuwandern. Andere befreundete Familien und Nachbarn übrigens auch.“

Das Problem bezahlbaren und für die unterschiedlichen Zielgruppen geeigneten Wohnraums wurde von einem Teilnehmer schließlich weiter konkretisiert, indem er folgende Rechnung aufmachte:

„Vierköpfige Familie braucht ca. 100 qm (und das ist schon etwas knapp). Miete: 10 €/qm macht 1000 € = min. 1.200 mit Nebenkosten. Kauf: 3.000 €/qm von privat macht bei 50k Eigenkapital ca. 1300,- für Zins + Tilgung + Nebenkosten, solange es noch die Eigenheimpauschale gibt. Beide Preise werden in den "guten" Stadtteilen westlich der Alster problemlos gefordert und bezahlt. Beim durchschnittlichen Einkommen von ca. 3700,- € von Paaren mit Kindern wird damit ca. 1/3 des Einkommens für das Wohnen ausgegeben (und das ist der Durchschnitt incl. Millionäre). Also: schon für einigermaßen gut verdienende Familien sind Eppendorf, Eimsbüttel pp. eigentlich schon "zu teuer". Allein Erziehende mit einem Durchschnittseinkommen von ca. 1.800 € können solche Rechnungen ohnehin vergessen.“

Einige Teilnehmer haben darauf hingewiesen, dass angemessener Wohnraum besonders für diejenigen Familien schwer zu bekommen ist, die keinen Anspruch auf einen § 5 Schein hätten und gleichzeitig nicht über genügend Einkommen verfügten, um ein Haus mieten oder kaufen zu können.

Schließlich wurde mehrfach beklagt, dass viele Vermieter nicht gerne an Familien mit Kindern vermieten würden. „Bei der Wohnungssuche habe ich die Erfahrung gemacht, dass Kinder generell nicht gerne gesehen sind. Offensichtlich befürchten viele Vermieter Beschwerden von Nachbarn über Lärm, Dreck, Kinderwagen im

Hausflur etc. Und da wird dann eben lieber an den kinderlosen, solventen Single vermietet“.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Hamburg zu wenig bezahlbarer Wohnraum für Familien zur Verfügung steht. Der

Begriff der Bezahlbarkeit wurde dabei im Hinblick auf unterschiedlichen Personengruppen und deren spezifische Bedürfnisse konkretisiert.

Besonders schwierig stellt sich die Situation für Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern bei (unter-) durchschnittlichem Einkommen dar.

b) Lösungs- bzw. Verbesserungsvorschläge

Vor dem Hintergrund des aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internetdiskussion zu knappen und zu teuren Wohnraums wurde vielfach eine intensivere Förderung familiengerechten Wohnraums befürwortet. Folgende Bereiche bzw. Maßnahmen wurden dabei angesprochen:

- Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus
- Verbilligte Abgabe von Bauland an Familien
- Stärkung von Wohnprojekten
- Spezielle Finanzierungsangebote für kinderreiche Familien
- Senkung der Mieten um 10 %, solange minderjährige Kinder dort mitwohnen. Gegenfinanzierung durch Erhöhung der Kinderlosen-Miete
- Zusätzliche Anreize für Vermietung an Familien bei privaten Wohnungseigentümern
- Familienwohnungen nach dem Vorbild von Sozialwohnungen
- Zusammenlegung kleinerer Wohnungen

In der Diskussion um mehr staatliche Förderung fällt auf, dass die derzeitigen Förderinstrumente kaum diskutiert worden sind. Ein Beitrag weist auf die diesbezüglichen Informationen hin, die in der „Infothek“ der Diskussionsplattform zur Verfügung gestellt worden sind und fragt nach einer Bewertung oder Einschätzung - ohne allerdings eine Antwort darauf zu erhalten. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit die bestehenden Förderinstrumente überhaupt bekannt sind. So wurde beispielsweise von einem Teilnehmer beklagt, dass „Reihenhaus mit Garten für Ottonormalverdiener unerschwinglich“ sei, woraufhin eine andere Teilnehmerin folgendermaßen antwortete: „Das dachte ich vor zwei Jahren auch, dass wir uns das nicht leisten können. Jetzt haben wir uns mit unseren drei Kindern ein Reihenhaus im Hamburger Süden gekauft. Die Wohnungsbaukreditanstalt fördert junge Familien großzügig, und die Zinsen sind derzeit so günstig, dass wir jetzt kaum mehr bezahlen als vorher die Miete für unsere 3-Zimmer-Wohnung.“

Es muss letztlich offen bleiben, ob die genannten Verbesserungsvorschläge in Kenntnis der bestehenden Förderungen geäußert worden sind und somit auf eine Intensivierung der Maßnahmen abzielen oder ob hier etwas vorgeschlagen worden ist, was es bereits gibt. In jedem Fall bestehen im Hinblick auf die Informationen die über öffentliche Förderung familienfreundlicher Wohnangebote noch Optimierungsmöglichkeiten.

Darüber hinaus wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von Quartieren gibt, die Familien gute Wohn- und Lebensbedingungen bieten, die aber gleichzeitig unter einem eher schlechten Image leiden würden. Als konkretes Beispiel kann hier Hamm genannt werden, für das sich verschiedene Teilnehmer stark engagiert haben: „Östlich der Alster, aber immer noch zentral gelegen, sind es wohl vor allem große Ausfallstraßen und eine 50er Jahre Backsteinbebauung, die zu

diesem Image geführt haben.“ Aber: Hamm ist auch „normal, gut gemischt, freundlich, ziemlich grün (sieht zum roten Backstein richtig gut aus)“. Auch „Kittas und Spielplätze gibt es sogar ziemlich viele“. Weiter aufgewertet werden könnte dieses Viertel nach Meinung eines Teilnehmers z.B. durch die Schaffung besserer Einkaufsmöglichkeit und Aufwertung des Wohnumfeldes („mehr Läden im Erdgeschoss, Kastanien pflanzen, schönere Plätze mit Brunnen (...) und ein bis zwei größere Straßen zurückbauen“). Zusätzlicher Wohnraum für Familien könnte darüber hinaus durch die Zusammenlegung kleinerer Wohnungen realisiert werden.

Ein Teilnehmer fasst es so zusammen: „Natürlich kann man auch mit Kindern wunderbar in HH leben. In einem Stadtteil wie Hamm (oder z.B. auch Barmbek oder Alsterdorf) sogar (relativ) bezahlbar, wenn man roten Backstein statt Stuck auch O.K. findet“.

5.3 Bewertung einzelner Quartiere

Es sind viele Hamburger Quartiere von Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgestellt und im Hinblick auf ihre Familienfreundlichkeit bewertet worden. Diese Bewertungen sind zum Teil sehr detailliert ausgefallen, allerdings oft ohne dass sich daraus Diskussionen entwickelt haben.

Wenngleich im Einzelnen auch viele kritische Punkte angesprochen worden sind, fällt doch auf, dass die Quartiere aus der Sicht der dort wohnenden Teilnehmer überwiegend positiv beurteilt worden sind. Dies gilt, wie am Beispiel Hamm schon gezeigt wurde, selbst für eher unscheinbare Quartiere.

Auch innenstadtferne Wohngebiete, wie beispielsweise Neugraben, wurden gelobt. Dort hätte man alles, was man braucht, meinte ein Teilnehmer: „Einkaufsmöglichkeiten, Bücherhalle, Ortsamt, Schwimmhalle, Ärzte, Apotheken. Die Straße rauf beginnt gleich die Fischbeker Heide, um mal frische Luft zu schnappen. Im Winter kann man da prima rodeln. Nördlich der Bahn beginnen gleich die Obst- anbaugelände. Auch die Kita ist gleich um die Ecke. 10 Minuten brauche es zu Fuß zur S-Bahn, die fährt tagsüber mindestens alle 10 Minuten, und in einer halben Stunde ist man am Hauptbahnhof.“

Auch bei den Beiträgen zu Langenhorn („ländlich und grün, die Kinder können am plätschernden Bach spielen“), Lurup (Hoher Kinderanteil, z.T. gute Spielplätze, gute Anbindung an ÖPNV) oder Eidelstedt (genügend

Spielplätze, eine gute Elternschule, gute Einkaufsmöglichkeiten, das leicht erreichbare Niendorfer Gehege sowie eine Bücherhalle) überwogen die positiven Einschätzungen.

Im innerstädtischen Bereich wurden Altona-Nord, St. Pauli und Ottensen eine gute Infrastruktur (z.B. Kinderbetreuungs- und kulturelle Angebote), aber auch gute Spielmöglichkeiten und familienfreundliche Wohnungen bescheinigt.

Barmbek-Süd (Genossenschaftswohnungen) wurde als Beispiel dafür genannt, dass das Konzept des Zusammenlegens mehrerer Wohnungen eine gute Möglichkeit ist, familienfreundlichen und preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Der Stadtteil Eimsbüttel wurde durchgehend als sehr attraktiv und familienfreundlich beurteilt. Unter anderem wurden die vielen guten und fantasievollen Spielplätze, die Parks und Freiflächen, die lebendige und heterogene Anwohnerstruktur, die zahlreichen Betreuungsangebote sowie eine gute Schulversorgung hervorgehoben.

Über die genannten Beispiele hinaus sind noch viele weitere Quartiere angesprochen worden, die in dieser Zusammenfassung aber nicht im Einzelnen wiedergegeben werden können.

5.4 Wohnraumzuschnitt und -ausstattung

Die Fragen, welchen Zuschnitt eine familienfreundliche Wohnung haben sollte und welche Ausstattungsmerkmale dafür notwendig sind, wurden zwar von einigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern beantwortet, im Forum aber im Vergleich zu anderen Themen nicht sehr intensiv diskutiert. Ein Teilnehmer vertrat die Ansicht, dass alle Schlaf- und Kinderräume mit ca. 14 qm etwa gleich groß sein sollten. Für das Wohnzimmer sollten mindestens 20 qm und für die Küche 10 qm veranschlagt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Vorgaben des sozialen Wohnungsbaus überarbeitet werden sollten, da nur Arbeitsküchen ohne Sitzgelegenheiten vorgesehen seien.

Von einer anderen Teilnehmerin wurde ebenfalls die Bedeutung einer geräumigen Küche betont: „Offensichtlich ist es ein menschliches Urbedürfnis, sich um die "Feuerstelle" zu versammeln. Wo ist es am gemütlichsten? In der Küche! Wo bleiben die Freunde am Ende der Party sitzen? In der Küche! Wo werden trotz eigener Kinderzimmer die Hausaufgaben gemacht? In der Küche!“ Eine räumliche Nähe von Küche und Wohnzimmer würde darüber hinaus ermöglichen, dass „derjenige, der in der Küche arbeitet, auch weiterhin in das Familienleben integriert ist“, meinte eine andere Teilnehmerin.

Wohnraumzuschnitt- und Ausstattung: Vorschläge der Teilnehmer/innen

- Schlaf- und Kinderräume gleich groß (mind. 14 qm)
- Geräumige Küchen
- Räumliche Nähe von Küche und Wohnzimmer
- Variable Grundrisse, die sich an die verändernden Bedürfnisse von Familien anpassen lassen
- Doppel- und Reihenhäuser mit unterschiedlichen Wohngrößen für generationsübergreifendes Wohnen
- Abstellraum für Kinderwagen und Fahrräder in Treppenhäusern
- Trittschalldämmung
- Verzicht auf Komfortausstattung zugunsten preiswerter Mieten

In verschiedenen Beiträgen wurden variable Wohnungsgrundrisse, die sich den verändernden Bedürfnissen von Familien anpassen lassen, gewünscht. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es gut ist, wenn die Kinder eine längere Zeit ein Zimmer

teilen. Später sind aber Einzelzimmer, auch oder gerade kleine, gemütliche, gefragt. Daher sollte von Anfang an eine Raumteilung mit Leichtbauwänden mitgeplant werden. Auch wenn dann die Kinder aus dem Haus sind, lässt sich der Grundriss den

neuen Bedürfnissen leicht anpassen. Denn: eine Familie ist eine sehr dynamische Angelegenheit!“, meinte ein Teilnehmer. In die gleiche Richtung gehen Vorschläge für Doppel- oder Reihenhäuser mit unterschiedlich großen Einheiten oder Einliegerwohnungen, um z.B. das generationenübergreifende Wohnen in enger Nachbarschaft zu ermöglichen.

Bei der Planung von Treppenhäusern sollte an genügend Raum für Kinderwagen gedacht werden und die Zugänglichkeit für Rollstuhlfahrer gewährleistet sein, um so das Leben von und mit Senioren und behinderten Menschen zu erleichtern. Auch Ab-

stellräume, z.B. für Fahrräder würde die Familienfreundlichkeit erhöhen.

Im Hinblick auf die Ausstattung wurden mehrfach gute Schallisierungen angesprochen. Insbesondere empfehle sich eine Trittschalldämmung, um die Nachbarn nicht durch „laufende Kinderfüße, Matchboxautos und Marmelbahnen“ zu stören. Soweit kein Garten zur Verfügung steht, wünschen sich Familien einen Balkon oder eine Terrasse. Darüber hinaus sollte auf Komfortausstattungen (z.B. Fußbodenheizung, Marmorbäder) aber zugunsten der Bezahlbarkeit verzichtet werden.

5.5 Architektur/ Wohngebietsplanung

Die **gleichförmige Gestaltung eines Wohngebiets** wurde von verschiedenen Teilnehmern kritisiert. Zwar sei damit für Bauherren und Käufer ein niedrigerer Preis verbunden, die so entstehenden Quartiere seien aber eher unattraktiv und insbesondere auch für angrenzende, gewachsene Wohngebiete störend. Hier sei mehr Individualität gefragt, die bspw. dadurch erreicht werden könnte, dass größere Grundstücke bevorzugt an Baugemeinschaften vergeben werden. Diese Gemeinschaften könnten dann gemäß ihren eigenen Bedürfnissen planen und bauen, meinte eine Teilnehmerin.

Wenn schon die Gebäude identisch

gebaut sind, gäbe es noch die Möglichkeit über Fassaden- und Farbauswahl **eine individuellere Gestaltung** zu erreichen. Vorbild könnten hier holländische Wohngebiete sein, wie ein Teilnehmer meinte: „Dort hat man (..) jedem Haus einen anderen Anstrich und eine andere Fassade gegeben. Außerdem wurde auch in jedem Haus eine kleine Geschäftseinheit mit integriert. Ergebnis: die ganze Wohnanlage wird intensiv von Familien genutzt“.

Ein Teilnehmer vertrat die Ansicht, dass gerade ungeplante Viertel aufgrund ihrer Vielfältigkeit besonders attraktiv und wegen ihrer kleinteiligen Strukturen besonders familienfreund-

Architektur/ Wohngebietsplanung: Vorschläge der Teilnehmer/ innen

- Keine gleichförmige Gestaltung von Wohngebieten
- Kleinteilige und vielfältige Strukturen
- Gute Infrastruktur bzw. kurze Wege
- Quartiere mit überwiegend mehrstöckigen Gebäuden
- Innenhöfe, Gemeinschaftsgärten und Spielzonen
- Keine nüchternen oder ultramoderne Architektur
- Kreisförmige Bebauung, Straßenverkehr führt um Siedlung herum

lich seien. „Ein gutes Straßenbild entsteht gerade dann, wenn (...) die Fassaden der Gebäude nicht geplant werden. Gerade Altona und Eppendorf sind ein gutes Beispiel dafür, dass eine bunte zusammen gewürfelte, ungeplante Struktur aus den 30er und 50ern und ganz neuen Gebäuden eine bunte Mischung ergeben“.

Dass eine Mischung von Gebäudetypen lebendig wirken kann, bestätigt ein anderer Teilnehmer, widerspricht aber der Auffassung, dass ungeplante Wohngebiete automatisch attraktiv wären. „Schauen sie sich mal heutige Neubaugebiete an, in denen nichts zusammen passt. Dort können sie dann wunderbar individuelle Einfamilienhäuser sehen bei denen jeder seinen Traum verwirklicht aber nichts zusammen passt. Das allein macht noch keine Gemütlichkeit.“

Eine familienfreundliche Neubausiedlung könnte aus überwiegend mehrstöckigen Gebäuden bestehen, die mit Innenhöfen, Gemeinschaftsgärten, Spielzonen und familiengerechten Wohnungszuschnitten attraktiv gestaltet wäre. Wichtig seien kurze Wege sowie kleinteilige und vielfältige Strukturen im Stadtteil – in dieser Hinsicht waren die meisten Teilnehmer, die sich dazu geäußert haben, anscheinend einer Meinung.

Entsprechend kritisch wurden **nüch-**

terne architektonische Ansätze beurteilt. „Graue Wände provozieren starre, unbewegliche Verhaltensmuster ebenso wie ultramoderne oder als kalt empfundene Architektur“. In Hamburg und anderen Großstädten würden sich nach Ansicht eines Teilnehmers „irgendwelche Stararchitekten austoben, ohne dass diese berücksichtigen, wie diese Bauten auf Bürger und Kinder wirken“. Als konkretes Beispiel wurde der Berliner Bogen am Berliner Tor angeführt. „Also Familienfreundlichkeit hat auch etwas mit Architektur zu tun. Protzpaläste sind familienunfreundlich“, brachte es ein anderer Teilnehmer auf den Punkt.

Als Beispiel für eine besonders familienfreundliche Wohngebietsgestaltung wurde eine **kreisförmige Bebauung** diskutiert, wie sie am Moorbekring in Volksdorf realisiert worden ist. Der Vorteil dieser Bebauungsform sei darin zu sehen, dass die Straße um die Siedlung herumgeführt werden kann, sodass ein autofreier Innenraum entsteht, während alle Wohneinheiten gleichzeitig an eine Straße angeschlossen seien. Die Kinder bräuchten also keine Straße zu überqueren, um zur Spielfläche zu kommen. Da die Genossenschaftswohnungen darüber hinaus relativ preisgünstig sind und eine gute Infrastruktur vorhanden ist, wurde die Siedlung Moorbekring als „eher familienfreundlich“ eingestuft.

5.6 Wohnumfeld

5.6.1 Plätze und Freiflächen

Die Qualität des Wohnumfeldes wird auch durch Plätze, Freiflächen und Grünanlagen bestimmt, die für die Freizeitgestaltung, die Naherholung oder als Treffpunkte genutzt werden können.

Für Familien mit Kindern ist die Versorgung mit **Spielplätzen** sehr wichtig. Von mehreren Teilnehmern wurde betont, dass die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Spielplätzen zumindest in Teilen des Hamburger

Stadtgebietes recht gut ist. Wichtig sind zunächst die schnelle und sicherere Erreichbarkeit (Fußläufig in höchstens 15 Min.) sowie die Sauberkeit der Spielplätze. Darüber hinaus sollten Angebote für die verschiedenen Altersgruppen – von kleinen Kindern bis zu Jugendlichen – sowie möglichst überdachte Sitzgelegenheiten für die Eltern vorhanden sein. Bei der Spielplatzgestaltung wären Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kinder sinnvoll. Darüber hinaus wurde noch

Spielplatzgestaltung: Vorschläge der Teilnehmer/innen

- Kleine umzäunte „Sportplätze“ integrieren, auf dem größere Kinder und Jugendliche Basketball oder Fußball spielen können; Basketball- und Bolzplatz
- Bei Dunkelheit beleuchtet
- Überdachte Spielplätze
- Ausreichend Platz
- Angebote für Kleine und Große (Babys und Teens)
- Klettermöglichkeiten, Kletterseile
- Überdachte Sandkisten-Spielplätze für die Regenzeit
- Rückzugsmöglichkeiten
- gepflegte Bäume und Büsche
- Vollständige Schaukeln
- Rasenfläche
- Niveauunterschiede (kleine Hügel, Hänge, Berge etc.)
- Grillplatz
- Regelmäßiger Austausch des Sandes
- Wasser als Spiel- oder Badeangebot
- Sitzplätze mit Tischen
- Toiletten
- In „Runde“ angeordnete Sitzgelegenheiten zur Förderung der Kontakte und Netzwerkbildung
- Spielplätze in Hinterhöfen
- Pädagogisch betreut
- Beteiligung der Kinder bei der Gestaltung
- Spielscheune mit Heu
- Trampoline
- Seilbahnen
- Matschecken

eine Vielzahl anderer Kriterien genannt, die „gute“ Spielplätze auszeichnen (s. Kasten). Als positive Beispiele wurden die folgenden Plätze genannt: Lohmühlenpark, Bellalliancestr./ Lindenallee, Kottwitzstraße, Eppendorfer Park, Stadtpark, Planten und Blumen, Winklersplatz, Schule Thadenstrasse, Zirkusweg, Georg-Wilhelm-Straße, Schlosspark Bergedorf, Spielplatz am Brookdeich, Schemannstraße und Im Alhorn.

Neben Spielplätzen sei aber auch **Spielraum in unmittelbarer Nähe der eigenen Wohnung** wichtig. „Das muss nicht groß sein“, meinte bspw. ein Teilnehmer „es reicht oft schon ein Hof oder der Platz zwischen zwei Straßen (wie z.B. bei den Falkenriedterrassen). Aber wenn vor der eigenen Tür nur eine große Straße ist, beeinträchtigt das das Leben der Kinder und somit auch der Eltern erheblich. Bei Neuplanungen sollte konsequenter darauf geachtet werden, dass mehr Spielraum zur Verfügung steht“. Dies könnte z.B. durch große Innenhöfe realisiert werden, die von der Wohnung aus einsehbar sind oder durch Gemeinschaftsgärten.

Darüber hinaus sollten generell **mehr Begegnungsräume** geschaffen werden. „Ich fände es wichtig, für alle

Einwohner in der unmittelbaren Umgebung, direkt vor der Haustür, Raum zu schaffen zum "Verweilen". Wo Eltern/Nachbarn spontan mal stehen bleiben und reden können und Kinder dabei nicht Gefahr laufen sofort im wahrsten Sinne des Wortes, unter die Räder zu kommen. So wäre vielleicht schon mal eine Kontaktstelle geschaffen, an der sich ausgetauscht werden kann. Eine Basis für Nachbarschaftspflege, was wiederum, nach meiner Meinung, einen familienfreundlichen Wohnort auszeichnet“, führte eine Teilnehmerin aus.

Positiv wurden im Forum die **zahlreichen Grünflächen** und Parks in Hamburg beurteilt. „Mir gefällt an Hamburg ganz besonders das große Angebot an kostenfrei zu benutzenden Grünflächen. Von den großen Parks wie dem Stadtpark und dem Volkspark über die kleineren Grünflächen wie dem Hammer Park oder dem Innocentia Park bis hin zu den tollen Wegen an den unzähligen Kanälen, an denen es auch immer etwas zu entdecken gibt“ meinte beispielsweise eine Teilnehmerin.

5.6.2 Kinderbetreuung und Schulen

Für Familien mit Kindern ist die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Bewertungskriterium für die Familienfreundlichkeit eines Wohnortes. „Vereinbarkeit von Familie und Beruf hängt ganz entscheidend von Betreuungsmöglichkeiten und geeigneten Arbeitsplätzen ab. Priorität sehe ich deshalb bei der Schaffung qualitativ hochwertiger, verlässlicher Ganztagsbetreuung

einerseits und einem Entgegenkommen der Arbeitgeber andererseits“, fasst ein Teilnehmer die wesentlichen Punkte vieler anderer Beiträge zu diesem Themenfeld zusammen.

Die Familienfreundlichkeit eines Wohngebietes oder Wohnortes bemisst sich demnach also zunächst danach, ob es genügend familienge-

Familie und Beruf: Vorschläge der Teilnehmer/ innen

- Offenes Forum in Hamburg zum Thema „Arbeiten und allein erziehen in HH“
- Betriebskindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten (Spät- Frühschicht) und Öffnung während der Ferien
- Übernahme der finanziellen Aufwendungen durch den Arbeitgeber oder teilweise auch durch den Senat oder die Gewerkschaften
- Möglichkeit des Jobsharing im Unternehmen
- Planbare und / oder flexiblere Arbeitszeit
- Familienbewusste Unternehmenskultur entwickeln
- Möglichkeit, halbtags zu arbeiten
- Förderung von Heim- und Telearbeit
- Auszeichnungen für familienfreundliche Firmen
- Möglichkeit, im Notfall die Kinder mit an den Arbeitsplatz nehmen zu dürfen
- Verständnissvollere Chefs und Kollegen
- Offene, mutige und flexible Arbeitgeber, die auch Arbeitsplätze für Mütter schaffen
- Personenbezogene, qualifizierte Unterstützung zur Eingliederung in den Arbeitsprozess durch die Agentur für Arbeit oder eine andere Institution, die auch Hilfestellung weiterführend anbietet
- Ganztagsbetreuung für Kinder von Single-Eltern, die sich selbständig machen wollen
- Gewährung von Elternzeit
- Familientag im Betrieb
- die Unternehmen sollten sich familienfreundlicher darstellen
- Bessere Anpassung von Urlaub und Ferien, durch z.B. kürzere Schulferien oder mehr gesetzlichen Urlaubsanspruch für Eltern
- Arbeitgeber dafür fördern, dass sie Alleinerziehende einstellen
- Bessere Förderung für arbeitslose Alleinerziehende (vor allem in praktischer Hinsicht: weniger Bürokratie, mehr Job- oder Selbständigkeits-Coaching)
- Von der Verwaltung moderiertes Bündnis für Familien mit Repräsentanten von Verbänden, Initiativen und Privatpersonen nach dem Vorbild Kölns

gibt. Im Einzelnen geht es dabei um Ganztagesangebote, um Kinderbetreuung auch nach 18 Uhr, um Krippenplätze, Tagesmütter, Ferienangebote sowie Hortplätze für Schulkinder. Wie die Versorgung mit den unterschiedlichen Betreuungsangeboten in Hamburg zu bewerten ist, darüber gingen die Meinungen im Forum auseinander. Dass dieses Thema aber weiterhin auf der Tagesordnung stehen wird, macht der folgende Beitrag deutlich: „Die fehlenden Möglichkeiten, Familie und Beruf mit einander zu vereinbaren, sollten - trotz aller Fortschritte - weiter im Zentrum der Anstrengungen der Politik stehen“, so eine Teilnehmerin.

Allerdings richten sich die Vorschläge zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (s. Kasten auf der rechten Seite) nicht nur an die Politik. „Auch die Arbeitgeber müssen Familienfreundlichkeit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung begreifen, sonst haben sie nämlich bald keine geeigneten Arbeitnehmer und Kunden mehr“, so ein anderer Teilnehmer. Auch bei den Arbeitskollegen, so wurde mehrfach betont, müsse ein stärkeres Bewusstsein für die Lebenssituation von Familien mit Kindern entstehen. Es geht dabei allerdings nicht um Verständnis für ein vermeintlich geringeres Leistungsvermögen berufstätiger Eltern, sondern um flexiblere Arbeitsformen, bspw. durch eine Ausweitung von Gleitzeiten, Teilzeit- und Telearbeit. Schließlich wurde auf mangelnde gegenseitige Toleranz zwischen Kinderlosen und Familien hingewiesen, wodurch die Organisation des familiä-

ren Alltags zusätzlich belastet werde.

Von einigen Teilnehmern wurde darüber hinaus nachdrücklich darauf hingewiesen, dass ganztägige Kinderbetreuung auch für Kinder von Arbeit suchenden bzw. nicht erwerbstätigen Eltern sehr wichtig sein kann. Gerade für Alleinerziehende bestehe nur unter dieser Voraussetzung eine realistische Chance, wieder Arbeit zu finden. Darüber hinaus wären Kinder aus sozial schwachen Familien ohne diese Betreuungsangebote stark benachteiligt, da zuhause oft keine angemessene Beschäftigung der Kinder gewährleistet werde.

Ein weiteres Merkmal eines familienfreundlichen Wohnorts ist die Ausstattung mit qualitativ hochwertigen Schulen.

Die Frage nach einer Definition von „guten“ bzw. „qualitativ hochwertigen“ Schulen führt in den Bereich der gerade in Hamburg seit Jahrzehnten kontrovers geführten Schuldiskussion – die allerdings weit über den Rahmen dieser Diskussion des „Familienfreundlichen Wohnorts Hamburg“ hinausgeht. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Vor- und Nachteile eines dreigliedrigen Schulsystems mit parallelem Gesamtschulangebot. Aktuell spielten in der Diskussion auch die Umstellung auf Ganztageschulen sowie die geplanten Schulschließungen aufgrund sinkender Schülerzahlen eine wichtige Rolle.

Schule und Bildung: Vorschläge der Teilnehmer/ innen

- Bildung als Zukunftsthema begreifen
- Schulen/Klassen sozial ausgewogen zusammensetzen
- Leichte Erreichbarkeit: Keine Schulschließungen [weite Wege für die Schüler; Fahrgeld -> zusätzliche finanzielle Belastung für die Familien]
- Verschiedene Schulformen und selbstverwaltete Schulen
- Ganztagschulen mit langen Betreuungszeiten und Betreuung in den Ferien
- Attraktive Lernangebote und -formen zur Verbesserung der Schulausbildung und Erhöhung der Qualifikation (neue Lehransatzmethoden)
- Größen der Schulklassen sollen nicht weiter wachsen und Lehrer leistungsfähig bleiben; Klassen eventuell sogar verkleinern
- Informationen über schulische Leistungen der Kinder über den Sprechtag hinaus
- Mehr Lehrer (nach Leistung bezahlt, nicht verbe amtet) und kleinere Klassen in allen Schulformen
- Kontrolle über die „echte“ Qualifikation aller Lehrer mit dem Zwang sich regelmäßig weiterbilden zu lassen
- Kostenfreies Schulschwimmen ab der ersten Klasse und Schulsport ausbauen
- Aktuelle (kostenfreie) Schulbücher (umstritten)
- Ernährung als Schulfach
- Wertevermittlung an Schulen
- frühe Trennung nach vermeintlichen Lernniveaus aufgeben und Kinder und Jugendliche länger gemeinsam lernen lassen
- Förderung von Kindern mit Defiziten aller Art im Vorschulalter und Schule, intensive Betreuung von lernschwächeren Kindern und Legasthenieerlass in Hamburg umsetzen
- Anpassung von Urlaub und Ferienzeiten, z.B. mittels mehr gesetzlichen Urlaubsanspruchs für Eltern, weniger Urlaubsanspruch für Nichteltern oder weniger Ferien für Kinder
- Elternmitarbeit in den Schulen fördern
- Kinder nicht nach der vierten Klasse aufteilen
- Bücherhallen erhalten, wiedereröffnen; Zusammenarbeit mit Schulen, Hochschulen und anderen Bildungsträgern
- Gleicher Wissensstand in der Alterskohorte und zentrale Abschlussprüfung
- Verknüpfung von Schule mit Wissenschaft und Wirtschaft (z.B. Nacht des Wissens, Kinderuni)
- "Vorsorgemaßnahmen" bezüglich Ernährung, Sport oder Gewaltprävention

Die geplanten Schulschließungen wurden im Forum von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als familienunfreundlich kritisiert. Einerseits wurde die immer auch symbolische Wirkung dieser Schließungen betont und gefordert, dass Bildung – als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – hohe finanzielle Priorität genießen sollte. Andererseits wurden auch viele konkrete Beispiele diskutiert, die für Eltern und Kinder eine Verschlechterung der Lebensqualität bedeuteten, wie der im Folgenden zitierte Beitrag illustriert: „In Schnelsen wird die Schule Röthmoorweg zwar nicht vollständig geschlossen, aber leider wird aus dieser schönen Haupt- u. Realschule in absehbarer Zeit nur noch eine Grundschule. Das bedeutet, es wurde keine fünfte Klasse mehr eingerichtet, trotz genügend Anmeldungen. Für die Kinder heißt es nun, entweder Niendorf oder Eidelstedt, wobei auch dort nur begrenzte Plätze vorhanden sind, ganz zu schweigen von den Wartelisten für die Gesamtschulen. Besonders traurig macht es mich, weil den Kindern jetzt Schulwege zugemutet werden, die einfach nicht nötig sind, vor allem aber haben die Kinder durch die verschiedenen Altersgruppen sehr viel voneinander lernen können und das meine ich im positiven Sinne“. Die von den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern entwickelten Vorschläge zum Thema Schulversorgung nehmen auf knappe finanzielle Ressourcen keine Rücksicht oder verweisen generell auf vermeintlich überflüssige Ausgaben in anderen Bereichen, insbesondere bei großen Investitionsentscheidungen, die

zugunsten des Bildungssystems zu revidieren seien. Einige Teilnehmer argumentieren allerdings differenzierter, wie der folgende Beitrag zeigt:

„Die Eingangsliste in diesem Diskussionsstrang enthält die Forderung nach verschiedenen Schulformen (ich nehme an im Stadtteil). Hier zeigt sich eine Schwäche des gegliederten Schulsystems. Weil nämlich nicht für alle Schulformen in jedem Stadtteil/Quartier ausreichend viele Kinder vorhanden sind, kommt keine Regierung um die Schließung von „Minischulen“ aus Kostengründen (auch aus pädagogischen Gründen) herum. Die Schule für alle – oder wenigstens ein weniger stark gegliedertes Schulsystem, wie in Sachsen – hat diese Probleme nicht. In der Regel sind genügend Kinder für eine „Stadtteilschule“ vorhanden. (...) Der Senat sollte von Sachsen – und anderen Ländern – lernen und von der Dreigliedrigkeit + Gesamtschule abrücken.“ Dass kurz nach Ende der Internetdiskussion ein ähnlich lautender Vorschlag – unter ausdrücklicher Berufung auf das Modell in Sachsen – von der Hamburger Bildungssenatorin vorgestellt worden ist, zeigt die Relevanz dieser Überlegungen.

Was nun die Versorgung mit Schulen in Hamburg angeht, so ist im Hinblick auf eine differenzierte, quartiersbezogene Bewertung zu fragen, ob verschiedene Schulformen angeboten werden, die leicht zu erreichen sind (sicherer Schulweg), wie attraktiv die jeweiligen Lernangebote sind, und ob es ergänzende Angebote, wie bei-

spielsweise Hausaufgabenhilfen, gibt. Im Forum wurde die Schulversorgung für die folgenden Stadtteile/ Quartiere insgesamt positiv beurteilt: Ottensen, Altona Nord/ St.Pauli, Bramfeld-Ost, Eimsbüttel.

In der Siedlung Moorbekring (Volksdorf) würden Haupt- und Real- sowie Ganztagschulen fehlen. In Tonndorf habe sich die Schulsituation aufgrund der Schließung der Oberstufe der Otto-Hahn-Schule verschlechtert. In Sasel und Duvenstedt sei nur die Grundschulversorgung ausreichend. Für Kinder, die das Gymnasium

Poppenbüttel/ Sasel besuchen, seien die Schulwege meist weit und könnten gerade im Winterhalbjahr nur mit dem Bus bewältigt werden, was das Wohnen für Familien zusätzlich verteuere. In Rahlstedt sei das Schulniveau durch den Zuzug vieler sozial schwacher Familien in den letzten Jahren erheblich gesunken. Massive Probleme gebe es schließlich in Wilhelmsburg, vor allem aufgrund des hohen Anteils von Migranten. Dort gebe es Klassen, so berichtet ein Teilnehmer, in denen keine deutschen Kinder mehr wären.

5.6.3 Verkehr

Familienfreundliche Quartiere müssen gut erreichbar sein. Nach Meinung der Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internetdiskussion sollte diese Erreichbarkeit vor allem durch Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr gewährleistet sein. Insbesondere bei U- und S-Bahnstationen ist ein barrierefreier Zugang erforderlich, der auch mit Kinderwagen und für Rollstuhlfahrer leicht nutzbar ist. Ein Teilnehmer formulierte es so: „Familien brauchen Bewegungsfreiheit! Deshalb sollten Haltestellen von Bus & Bahn barrierefrei gestaltet sein, damit Kinderwagen ohne fremde Hilfe und Probleme mitgenommen werden können. Gebraucht werden mehr (und funktionierende) Rolltreppen und Aufzüge, die nicht durch Geruch oder Aussehen von der Nutzung abschrecken. Das käme außerdem Menschen mit Behinderungen entgegen. Insbesondere der Innenstadtbereich hat hier noch aufzuholen.“

Auch eine stärkere Förderung des Fahrradverkehrs wurde von mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern befürwortet, bspw. durch eine Imagekampagne für das Radfahren und den weiteren Ausbau des Radwegenetzes.

Im Hinblick auf den motorisierten Individualverkehr wurde vor allem Verkehrsvermeidung – z.B. durch so genannte Car-Sharing-Konzepte –, die Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen und eine strengere Überwachung bestehender Verkehrsregeln gefordert. Zur besseren Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes und zur Vermeidung des Parkplatzsuchverkehrs wurde auch die Schaffung

weiterer Parkplätze z.B. durch Quartiers-(tief)garagen vorgeschlagen. Andere Teilnehmer lehnten dies allerdings mit dem Argument ab, dass dadurch nur zusätzlicher Autoverkehr entstünde.

Auch der Rückbau großer Verkehrsstraßen (z.B. Hamm, Ring 3) und die Verhinderung geplanter Ausbauprojekte (z.B. in Sasel) wurden – z. T. kontrovers – diskutiert.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass die meisten Teilnehmer der Diskussion den motorisierten Individualverkehr als Belastung für Familien mit Kindern und somit als nicht familienfreundlich bewerten. Im Hinblick auf die damit verbundenen Gefahren (Unfälle), Umweltbelastungen (Abgase, Lärm) und Behinderungen (parkende Autos) ist dies einerseits leicht nachvollziehbar. Andererseits können Autos den Familienalltag auch erheblich erleichtern und sind – je nach Wohnsituation – ein zum Teil kaum entbehrliches Verkehrsmittel, z.B. beim Einkaufen und dem Transport des Nachwuchses zur Schule oder Kita. So dürften gerade Eltern in ihren verschiedenen sozialen Rollen die mit dem Autoverkehr verbundenen Ambivalenzen gewissermaßen am eigenen Leib zu spüren bekommen, wie auch der folgende Beitrag ahnen lässt: „Leider wird aber auch mit wenig Rücksicht gefahren und geparkt. Das betrifft sogar Leute, die es besser wissen sollten: Bei uns in der Straße (30er Zone ohne Bürgersteig) ist ein Kindergarten. Morgens bringen die Eltern die Kleinen in die Kita, um dann mit 60 Sachen davon

Verkehr: Vorschläge der Teilnehmer/ innen

- Verkehrsvermeidung als oberste Priorität
- Verbesserung des Radwegenetzes und seiner Pflege
- Imagekampagne für das Fahrradfahren
- Ausbau verkehrsberuhigter Zonen in Wohnvierteln
- Verstärkte Kontrollen und Tempolimits für Autos
- Weitere Aufzüge bei Bahnen und Haltestellen (Barrierefreiheit)
- Familienfreundlichere Preise des HVV
- Sichere Schulwege
- Schaffung weiterer Parkplätze, um Gehwegparken zu reduzieren.
Gegenmeinung: Mehr Parkplätze schaffen mehr Verkehr
- Abschaffung des grünen Pfeils, weil dadurch Kinder gefährdet würden
- Längere Grünphasen für Fußgänger
- Optimierte Ampelschaltungen, um den Verkehrsfluss zu verbessern
- Ausweitung des polizeilichen Verkehrsunterrichts
- Durchsetzung der Verkehrsberuhigung in Tempo 30-er Zonen durch Hindernisse für Autofahrer
- Einrichtung zusätzlicher Spielstraßen
- Wiedereinführung der Schülerlotsen
- Maßnahmen zur Sensibilisierung der Autofahrer
- Strengere Kontrollen der Tempo-30-Zonen
- Systematischer Maßnahmenplan für die Radwegförderung mit Prioritätensetzungen und einem fundierten Finanzierungskonzept
- Nicht-Einführung der Tempo 60-Regelung auf Hauptverkehrsstraßen
- Einführung einer Stadtbahn
- Fußgängerüberwege sicherer machen
- Bessere Taktfrequenz bei Bussen und Bahnen
- Privat finanzierte Quartiersgaragen
- Abschließbare Tiefgaragen
- Innovatives, zukunftsweisendes Verkehrskonzept mit Schwerpunkt ÖPNV
- Förderung innovativer Car-Sharing-Konzepte

5.7 Lebendiges Quartier

5.7.1. Quartiers- und Wohnraummanagement

Wie schon bei der baulichen Gestaltung der Wohngebiete wurde auch im Hinblick auf die Sozialstruktur der Bewohnerinnen und Bewohner Vielfältigkeit positiv und Homogenität eher negativ bewertet. So haben verschiedene Teilnehmer eine gezielte Förderung des Zusammenlebens unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wie bspw. allein erziehenden Eltern, Zwei-Eltern-Familien, Senioren und Zuwanderern thematisiert. Ein Teilnehmer machte den Vorschlag, in Neubaugebieten

Wohnungskontingente für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Alleinerziehende zu reservieren und ergänzte: „Vielleicht könnte man das mit Wohnungen für Senioren kombinieren, denn die wollen vermehrt zurück in die Stadt. Mit solchen Angeboten könnte man einen doppelten Beitrag

zur „Wachsenden Stadt“ leisten: Die Senioren aus Suburbia zurückholen und dem Modell „allein erziehend“ den Schrecken nehmen“.

In Wohngebieten mit sehr hohem Migrantenanteil, so wurde ausgeführt, käme es zum Teil zur Ausbildung von Parallelgesellschaften und zwar insbesondere dann, wenn eine Zuwanderergruppe das Quartier oder den Stadtteil dominiere. Die damit verbundenen Probleme könnten zu einer Abwertung des betroffenen Stadtteils führen, wie dies zum Teil in Wilhelmsburg der Fall sei. „Unbedingt notwendig ist deshalb die Einführung eines Wohnraummanagements, welches die Bevölkerungsstruktur steuert. Dabei darf es keine Tabus geben - und Instrumente wie Zuzugstop (in Berlin 1975-1990 gewesen) oder Begrenzung bei der

Lebendiges Quartier: Vorschläge der Teilnehmer/ innen

- Quartiersmanagement / Stadteilbüro / Bürgerhaus
- Stadtteilinitiativen / Stadtteilgremien / Stadtteilbeirat
- Familientreffpunkte
- Treffpunkte für Jugendliche mit Angeboten
- Treffpunkte für Alleinerziehende
- Nachbarschaftliche Netzwerke
- Unterstützungsdienste für Jung und Alt
- Stadtteilprojekte (z.B. für Kinder, in denen sie „ihren“ Stadtteil erobern können)
- Sportvereine
- Kulturangebote, speziell auch für Mädchen
- Urbanität: gewachsene Viertel, die eine fast dörfliche Atmosphäre haben und eine gute Infrastruktur
- Gemeinschaftliches Bauen
- Richtiger Altersmix
- Internetseite für jedes Quartier
- Mehr Öffentlichkeitsarbeit (Maßnahmen bekannt machen)

städtischen Grundstücksvergabe (wie in Bad Bendheim aktuell an der holländischen Grenze) sind ebenso absolut notwendig - wie Integrationsmaßnahmen für bereits jetzt hier lebende Migranten“, meinte ein Teilnehmer, der selbst in Wilhelmsburg wohnt.

Allerdings gibt es offenbar auch Wohngebiete mit einem sehr hohen Migrantenanteil, die dennoch eine funktionierende und als positiv empfundene Nachbarschaft realisieren konnten. Als gutes Beispiel hierfür wurde die Lenzsiedlung, eine 70er Jahre-Hochhaussiedlung in Eimsbüttel, angeführt. Die Lenzsiedlung sei seit 2000 im Programm der sozialen Stadtteilentwicklung, was sich sehr positiv auf das Sozialleben im Quartier ausgewirkt hätte. So gebe es ein von

der Lawaetz-Stiftung getragenes Stadtteilbüro, das die Organisation von Veranstaltungen und Festen unterstütze und den Bewohnerinnen und Bewohnern Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung des Wohnumfeldes eröffnet. Ein Stadtteilbeirat ermögliche darüber hinaus einmal im Monat eine Diskussion aller wichtiger Fragen für das Zusammenleben in der Lenzsiedlung. „Vom Stadtteilbüro Lenzsiedlung aus entstanden mit meiner Mithilfe auch unsere Zeitung, Broschüren und viele Veröffentlichungen über die Lenzsiedlung. Leider läuft die Beteiligung des Trägers Ende 2006 aus. Ab dann muss alles von den Anwohnern organisiert und erarbeitet werden. Aber sie fangen ja nicht bei Null an. Es ist viel Vorarbeit geleistet worden“, so eine aktive Bewohnerin.

5.7.2 Beratungsangebote, Nachbarschaftshilfe und Treffpunkte

Darüber hinaus gebe es in der Lenzsiedlung verschiedene Unterstützungs- und Beratungsangebote, wie einen pädagogischen Mittagstisch, Schularbeitenhilfe und Deutschkurse. Verschiedene Treffpunkte und Begegnungsräume, wie ein Bürgerhaus, ein Kinderclub sowie Jugendhaus rundeten das vorbildliche Angebot in der Lenzsiedlung ab.

Familienbezogene Beratungseinrichtungen sind nach Ansicht vieler Teilnehmer generell ein gutes Instrument, um die Familienfreundlichkeit eines Quartiers zu erhöhen. Sehr positiv bewertet wurden beispielsweise die Elternschulen „Was sich merkwürdig anhört, ist eine tolle Einrichtung der Stadt: Die Elternschulen, die es in diversen Stadtteilen gibt, bieten Kurse für Eltern und Babys/Kinder an“, meinte eine Teilnehmerin. Dies wurde von anderen Teilnehmern bestätigt. „Leider ist es jedoch mühsam dieses Angebot anzunehmen, da die Elternschulen keine Internetseiten haben in denen ihr Programm vorgestellt wird. Die Hamburger müssen

doch das Angebot der Elternschulen kennen. (...) Mein dringender Wunsch: Eine Internetseite für die Hamburger Elternschulen mit online Anmelde-möglichkeit zu den verschiedenen Veranstaltungen.“

Gelobt wurden darüber hinaus auch die bestehenden Mütterberatungszentren, z.B. das in Eimsbüttel: „Es liegt sehr zentral und ist nie langweilig. Dort gibt es Angebote für Babys, Kinder und natürlich auch für Schulkinder. Das Mütterzentrum hat einen Kindergarten und einen Hort wo Hausaufgabenhilfe und Mittagessen angeboten wird“ schwärmte eine Teilnehmerin.

Häufig kritisiert wurden dagegen der Konzentrationsprozess der Bücherhallen auf wenige Standorte und die damit verbundene Schließung quartiersnaher Einrichtungen. Angeregt wurde in diesem Zusammenhang eine Ausweitung der bereits bestehenden Bücherbusse, die eine Alternative zu wenig genutzten Bücherhallenstandorten sein könnten.

5.8 Familienfreundliche Gesellschaft

Ob ein Wohnort als familienfreundlich gelten kann oder nicht, hängt von vielen Faktoren ab und nicht zuletzt auch davon, ob eine **familienfreundliche Atmosphäre** vorherrscht. Dies scheint in Hamburg nach Meinung vieler Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht uneingeschränkt der Fall zu sein. So wurde in verschiedenen Diskussionsbeiträgen eine mangelnde Toleranz gegenüber Familien mit Kindern beklagt: „Das angespannte Verhältnis zwischen Familien und Kinderlosen und die Tatsache, dass man mit dem Thema so verspannt umgeht“, erschwere nach Meinung einer Teilnehmerin Eltern das Leben. „Eine familienfreundliche Stadt müsste vor allem toleranter sein. Mir fällt immer wieder auf, wie genervt meine Mitmenschen sind, wenn man mit Kinderwagen in der Stadt unterwegs ist“, und „eine familienfreundliche Stadt kann nur dann funktionieren, wenn auch die Singles, Einzelkämpfer und Rentner ohne Kinder mehr

Rücksicht auf Familienbedürfnisse nehmen“, pflichteten andere Teilnehmer dieser Einschätzung bei. Allerdings wurden auch selbstkritische Beiträge verfasst, die betonten, dass Rücksichtnahme bei allen Beteiligten gefordert sei.

Um die Situation zu verbessern, schlug ein Teilnehmer vor, dass „man vielleicht die Grundeinstellung der Hamburger zu Kindern verändern (sollte). (...) Negative Einstellungen nachhaltig zu ändern ist m.E. eine mindestens ebenso Erfolg versprechende Maßnahme wie die Umsetzung materieller Ideen. Mit der richtigen

Grundeinstellung würde ein kinderfreundliches Klima erzeugt“. Wie diese Veränderung der Grundeinstellung erreicht werden könnte, sagte der Teilnehmer leider nicht. Ein andere Teilnehmerin schlug in dieser Hinsicht vor, **„Kampagnen für ein besseres Miteinander** ins Leben zu rufen“.

Bürgerbeteiligung: Vorschläge der Teilnehmer/ innen

- „Bündnis für Familien“
- Kommunikation miteinander und nicht gegeneinander. Austausch von Ideen. (Bürger sind vor Ort sind die "Experten" für ihren Stadtteil)
- Anwohner (Kinder und Eltern) bei der Gestaltung von Spielplätzen beteiligen
- Elternmitarbeit an den Schulen fördern
- Beteiligung bei der Erstellung eines Radwegekonzeptes
- Moderierten Beteiligungsverfahren, die von Externen geleitet und durchgeführt werden
- Frauen an der Stadtplanung beteiligen
- Mehr Internetdiskussionen
- Informationswebsite für den Stadtteil mit Forum Checklisten und Handlungsempfehlungen breiter diskutieren (z.B. über Wochenblätter)
- Regelmäßige Online-Diskussionen

Die Familienfreundlichkeit Hamburgs kann aber auch durch ganz praktische Maßnahmen erhöht werden. So wurde vorgeschlagen, in Einkaufszentren und –straßen Spielstationen zu errichten, um Kindern und Eltern das Einkaufen angenehmer zu gestalten. Vorbildlich wurde dies in Mühlheim an der Ruhr gelöst. In Hamburg würden sich die Mönckebergstraße und die Spitalerstraße für ein Pilotprojekt anbieten. Dort „könnte man eigens einen Flyer gestalten, mit Lageplan, Geschäften (!), Spielobjekten. Sponsoren eines jeden Spielobjekts können dezent auf Ihre familienfreundliche Investition hinweisen“, schlug eine Teilnehmerin vor. Aber auch Geschäftsinhaber und Gastronomen sind aufgefordert, etwas zum Familienfreundlichen Wohnort Hamburg beizutragen: „So wäre es für die Geschäfte und die Restaurants ohne großen Aufwand möglich, mit **Wickelplatz, Spielecke, Kinderstühlen** Familien den Einkauf zu erleichtern. Die Politik, insbesondere die Sozialbehörde, könnte bei den Unternehmen dafür werben, z.B. in Form eines **Wettbewerbes** mit gestifteten Preisen, so wie bei diesem Forum, Geschäfte und Restaurants familienfreundlicher zu machen“.

Familien und insbesondere Kinder und Jugendliche konsequenter bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu **beteiligen**, wäre ebenfalls ein Beitrag um die Familienfreundlichkeit Hamburgs unter Beweis zu stellen. Es fängt bei der **Gestaltung von Spielplätzen** an und reicht bis zu bezirkspolitischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Auch wurde darauf hingewiesen, dass Hamburg sehr gute Erfahrungen damit gemacht habe, Bürger stärker zu beteiligen. Ein Teilnehmer stellte fest, dass es keine starke Lobby gebe, um die Interessen von Kindern zu vertreten. Daraus hat sich eine kontroverse Diskussion über die (Wieder-) Einführung von Familienbeauftragten bzw. die Einrichtung von Koordinatoren entwickelt, um die Interessen von Familien auf Bezirks- und Stadtebene nachdrücklich zu vertreten. Einige Teilnehmer sprachen sich dagegen eher für moderierte Beteiligungsverfahren aus, die im Bedarfsfall initiiert werden können oder betonten die Bedeutung von Ortsamtsleitern, die diese Aufgabe gegenwärtig (noch) am besten wahrnehmen würden. Auch regelmäßige Internetdiskussionen zu diesem Thema könnten zur Stärkung des Familienfreundlichen Wohnortes beitragen.

5.9 Fazit

Familienleben in Hamburg ist ein Thema, – dies hat die Internetdiskussion zum „Familienfreundlichen Wohnort Hamburg“ gezeigt – das viele unterschiedliche Politikfelder betrifft. Gleichzeitig lässt sich das Thema nicht beliebig zergliedern, sondern wird von den Betroffenen im Gesamtzusammenhang diskutiert und beurteilt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internetdiskussion jedenfalls haben den „Familienfreundlichen Wohnort Hamburg“ im Zusammenhang aller relevanter Faktoren diskutiert. Neben der Verfügbarkeit familiengerechten Wohnraums spielten vor allem auch die Bereiche Kinderbetreuung, Schule und Verkehr eine sehr wichtige Rolle. Ein positives Zusammenspiel dieser verschiedenen Faktoren führt zur Familienfreundlichkeit eines Wohnortes und in dieser Hinsicht sehen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Hamburg noch Verbesserungsbedarf.

Dagegen sind die einzelnen Quartiere überwiegend positiv beurteilt worden – vor allem von denjenigen, die dort wohnen. Ob St. Pauli oder Eimsbüttel, Langenhorn oder Neugraben – bei den meisten Quartieren, die in der

Diskussion angesprochen worden sind, scheinen die wohnortspezifischen Vorteile zu überwiegen.

Je nach Image eines Stadtteils oder Wohngebiets mag diese Beurteilung mehr oder weniger überraschend erscheinen. Auf der Grundlage der positiven Beurteilung der jeweiligen Wohnbevölkerung sollte zukünftig dieser Quartiere informiert werden. Auf diese Weise könnte vielleicht ein Beitrag dazu geleistet werden, die Wohnungsnachfrage besser über ganz Hamburg zu verteilen.

Darüber hinaus scheinen auch in anderer Hinsicht noch Verbesserungsmöglichkeiten bei der Information über das Schnittfeld Familie und Wohnen zu bestehen. Viele der bestehenden Fördermöglichkeiten und Angebote sind offenbar bei der Zielgruppe kaum bekannt – das legen jedenfalls die Auswertungsergebnisse nahe.

Eine Bündelung und bessere Präsentation der verfügbaren Informationen zu diesem Thema wurde in der Diskussion mehrfach angesprochen. Beispielsweise sind diese

Informationen auf dem Internetportal hamburg.de stark fragmentiert, was von einem Teilnehmer kritisiert worden ist. „Auf der Homepage taucht nicht einmal der Begriff "Kinder" oder "Kind" auf. Oben links auf der Seite kann man aufrufen "Hamburg für..." Da gibt es die Touristen an erster Stelle, die Arbeitssuchenden, die Nachtschwärmer, die Singles und sogar der Unternehmer aber es gibt weder die Kinder noch die Familien.“

Insgesamt sind in der Internetdiskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ eine Vielzahl pragmatischer Verbesserungsvorschläge entwickelt worden. Vor allem die Möglichkeit, dieses Thema öffentlich, konstruktiv und kritisch diskutieren zu können, wurde von vielen Teilnehmern positiv bewertet. Dies zeigt sich nicht zuletzt durch die lebhafteste Diskussion, die bis zum letzten Tag sehr engagiert geführt worden ist.

5.10 Checkliste Familienfreundlicher Wohnort Hamburg

I. Wohnraum (S.17 ff.)

1. Gibt es genügend bezahlbare, familiengerechte Wohnungen im Quartier?
 - o Anzahl der Zimmer
 - o Größe der Zimmer (z.B. helle, große Kinderzimmer)
 - o familientauglicher Zuschnitt (z.B. Wohnküche, Badezimmer mit Badewanne, Küche ans Wohnzimmer anschließend)
 - o Flexible Raumaufteilung (versetzbare Leichtbauwände zwischen den Zimmern)
 - o gute Isolierung zwischen den Wohnungen (Lärmschutz)
 - o Trittschalldämmung ab 1. Stock
 - o gute Lage
 - o geräumige Treppenhäuser / Flure (Abstellmöglichkeiten für Kinderwagen und Fahrräder)
 - o Platz zum Wäschetrocknen
 - o Partyraum
 - o kinderfreundliche Vermieter
 - o tierfreundliche Vermieter
 - o Garten
 - o Balkon
 - o Terrasse
 - o Fahrstuhl
 - o Solaranlage
 - o Breite und stabile Fensterbänke
 - o Parkplätze (am Rand, nicht zwischen den Häusern)
 - o aufgelockerte Architektur
 - o keine gleichförmigen Haustypen und -fassaden
 - o Bei Neubauten: Variable Grundrisse; Individualität fördern (z.B. durch Wohnprojekte)
 - o Bei Neubauten: Passiv- oder Niedrigenergiehäuser
 - o Bei Neubauten: Doppel-/ Reihenhäuser mit großer und kleiner Hälfte für unterschiedliche Platzanforderungen
 - o Bei Neubauten: Stadthäuser als Alternative zum Geschosswohnungsbau
 - o Bezahlbare Grundstücke für Wohneigentum

II. Wohnumfeld / Stadtteil (S.25 ff.)

1. Gibt es genügend gute, erreichbare Spielplätze und Freiräume für Kinder im Quartier? (Ausstattungsmerkmale Spielplätze S.25)

- o Schnelle und sichere Erreichbarkeit
- o Vielfältige Ausstattung für unterschiedliche Altersgruppen Einzäunung
- o Regelmäßige Pflege und Säuberung (Extrasäuberung)
- o Überdachte Anteile zwecks Schlechtwettertauglichkeit
- o Wohnungsnahe Spielmöglichkeiten
- o Ungestaltete Freiräume zum Toben und selber Ausprobieren
- o Schulhoföffnung nachmittags und am Wochenende (z.B. für Skater)
- o Spielstationen (ggf. mit Kinderbetreuung) in Einkaufsstrassen / -zentren
- o (selbst organisierte) Spielgruppen auf Spielplätzen
- o Mitbestimmungsmöglichkeit (der Kinder) bei Gestaltung

2. Gibt es genügend attraktive Freiflächen im Quartier?

- o Große Innenhöfe, von der Wohnung aus einsehbar
- o Gemeinschaftsgärten
- o Parkanlagen und öffentliche Grünflächen
- o Aufgelockerte Bebauung
- o Sichere Wege
- o Flächen für Skater
- o Hundewiese
- o Öffentliche Toiletten
- o Sportplätze, die nicht vereinsgebunden sind

3. Gibt es eine familiengerechte, für alle leicht erreichbare Infrastruktur im Quartier? (Siehe auch S. 27 ff.)

- o Kindergärten
- o Schulen
- o Bücherhallen
- o Familientreffpunkte
- o Treffpunkte für Jugendliche
- o Treffpunkte für Alleinerziehende
- o Nachbarschaftliche Netzwerke
- o Ärzte, v.a. Kinderärzte
- o Unterstützungsdienste für Jung und Alt
- o Stadtteilprojekte (Z.B. für Kinder, in denen sie „ihren“ Stadtteil erobern können)
- o Sportvereine
- o Kulturangebote, speziell auch für Mädchen
- o Freibäder
- o Einkaufsmöglichkeiten (v.a. Güter des täglichen Bedarfs)
- o Einkaufsservice / -dienste
- o Cafés / Restaurants
- o Barrierefreie Zugänge zu Einkaufszentren, Geschäften, Banken, Behörden
- o Quartiersmanagement / Stadtteilbüros
- o Stadtteilinitiativen / Stadtteilgremien

III. Verkehr (S.32 f.)

1. Ist die Verkehrssituation im Quartier familiengerecht?

- o Verkehrsberuhigte Bereiche (z.B. "Wohnhöfe"; Zone 30, Erschließungsstraße ringförmig um Wohnanlage)
- o Spielstraßen (Parkmöglichkeiten außerhalb der Spielstraße)
- o Tempo-30-Zonen
- o Quartiersgaragen
- o Autofreies Wohnen
- o Fußgängerfreundliche Überwege / Verkehrsampeln
- o Stationäre Geschwindigkeitskontrollen
- o Lärmschutzwände
- o Belastung durch parkende Autos
- o Sichere Schulwege
- o Dauer der Ampelphasen für Fußgänger
- o Wenig Verkehr
- o Tempokontrollen vor Schulen
- o Fußgängerampeln vor Schulen und Kitas
- o Schulwegshelfer/Schülerlotsen

2. Ist die verkehrliche Anbindung des Quartiers familiengerecht?

- o Bushaltestellen
- o Entfernung U-/S-Bahn
- o Entfernung Fernbahn
- o Aufzüge an U-/S-Bahnhöfen; barrierefreie Haltestellen
- o Belastung durch parkende Autos
- o Sichere Schulwege
- o Dauer der Ampelphasen für Fußgänger
- o Sichere Fahrradwege
- o Wenig Verkehr
- o Tempokontrollen vor Schulen
- o Fußgängerampeln vor Schulen und Kitas
- o Schulwegshelfer/Schülerlotsen
- o Busverbindungen in Stadtrandlagen
- o Abgleich der Zeittakte des ÖPNV mit Bedarf der (Schul-)Kinder

IV. Kinderbetreuung und Schulen (S. 27 ff.)

1. Gibt es genügend familiengerechte Kinderbetreuungsangebote im Quartier?

- o Ganztagesangebote
- o Kinderbetreuung nach 18 Uhr
- o Krippenplätze (auch für behinderte Kinder)
- o Qualifiziertes Betreuungspersonal
- o Oma-Hilfsdienste
- o Tagesmütter
- o Ferienangebote
- o Elternschule
- o Flexible Hortplätze für Schulkinder

2. Wie ist die Schulsituation im Quartier?

- o Verschiedene Schulformen (v.a. Ganztagschulen)
- o Leichte Erreichbarkeit
- o Attraktive Lernangebote und -formen
- o Sichere, nicht zu weite Schulwege
- o Hausaufgabenhilfen

Familienfreundlicher Wohnort Hamburg – ein Kommentar

Dr. Andreas Borchers, Institut für Entwicklungsplanung und
Strukturforschung GmbH

Familienfreundlicher Wohnort Hamburg – ein Kommentar

Ist Hamburg eine familienfreundliche Stadt? Eine Stadt, in der es sich für Familien gut leben, wohnen und arbeiten lässt? Wo liegen Vorzüge und Stärken? Und was kann getan werden, um Hamburg (noch) familienfreundlicher zu machen?

Diese Fragen müssen sich Politik und Verwaltung sowie viele weitere gesellschaftliche Akteure stellen. Hamburg hat erkannt, dass Familienfreundlichkeit einen Standortfaktor im kommunalen Wettbewerb darstellt und dass Familien für den Wirtschaftsstandort und Wohnort gleichermaßen von Bedeutung sind. Im Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ ist Familienförderung als ein Schwerpunkt festgelegt und damit auf der Tagesordnung. Die Fragen, wie familienfreundlich die Stadt ist und was zur Verbesserung getan werden sollte, können aber am besten von denen beantwortet werden, die sie unmittelbar betreffen: von den Familien selbst.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat mit der Internet-Diskussion „Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ allen Interessierten vier Wochen lang die Möglichkeit gegeben, ihre Meinung zu äußern, mit anderen zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge zu machen. Dieses Verfahren der Bürgerbeteiligung basiert auf einem innovativen Konzept, das hier erstmals für familienpolitische Fragestellungen eingesetzt wurde. Im Ergebnis liegen nicht nur vielfältige Antworten und Einschätzungen vor, es ist auch gelungen, eine Checkliste zusammenzustellen und zu diskutieren, in denen alle

Akteure Hinweise bekommen, was sie dazu beitragen können, dass Familien in Hamburg besser leben können.

Bewertung des Prozesses

471 registrierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer, 2.200 Beiträge, 12.000 Besucher: Diese Zahlen belegen die sehr hohe Beteiligung und zeigen, dass die Familien tatsächlich erreicht wurden und eine familienpolitische Diskussion entfacht werden konnte (vgl. Kapitel 3 des Bürgerleitfadens). Die Beiträge waren weit überwiegend sachlich und auf die Fragestellungen bezogen, es gab lobende und erwartungsgemäß ebenso kritische Äußerungen. Vor allem aber ist es gelungen, von den Teilnehmenden vielfältige Anregungen und konstruktive Vorschläge zu erhalten.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben soziodemographische Angaben gemacht. Beteiligt haben sich demnach überwiegend junge Familien (zwei Drittel sind zwischen 30 und 44 Jahre alt), die ein eher mittleres bis höheres Bildungsniveau aufweisen. Insgesamt haben sich mehr Frauen als Männer beteiligt (62%/38%). Darin spiegelt sich das offensichtlich auch in Hamburg bestehende größere Interesse von Frauen an familienspezifischen Fragen wider. Dennoch: Im Vergleich zu anderen Methoden von Partizipation ist der Männeranteil bei dieser internetgestützten Ansprache deutlich höher als sonst bei diesem Thema.

Statistische Repräsentativität konnte nicht erwartet werden. Ebenso wie für viele andere Ansätze der Bürgerbeteiligung, z.B. für Anhörungen oder Familienforen, ist sie kein geeignetes Kriterium, um die Ergebnisse zu beurteilen. Entscheidend sind vielmehr Aspekte wie Sachlichkeit und Fachlichkeit, Vielfalt und Relevanz. Diese sind hier gleichermaßen gegeben, sowohl durch die Beiträge selbst als auch durch das Verfahren. Indem z.B. nicht nur eine Checkliste zusammengetragen wurde, sondern die Ergebnisse anschließend wieder zur Diskussion gestellt wurden, erhalten sie ein Gewicht, das durch die nicht gegebene Repräsentativität nicht in Frage gestellt werden kann. Die Auswertungsmethode (vgl. Kapitel 4) hat zu dem insgesamt hohen inhaltlichen Niveau beigetragen. Es liegt im Wesen eines derartigen Verfahrens, auch widersprüchliche bzw. einander widersprechende Beiträge zuzulassen, die die Diskussion beleben. Die Ergebnisse geben vielfältige Hinweise und Anregungen; eine (politische) Prioritätensetzung können sie nicht ersetzen.

Erfahrungen von Beteiligungsprojekten zeigen, dass verschiedene soziale Gruppen unterschiedliche Schwerpunkte setzen und dass einzelne Aspekte, wie sie auch hier genannt wurden, unterschiedliche Relevanz besitzen. Viele Maßnahmen müssen kleinräumig und auf Quartiersebene ansetzen und wirken. Hier liegen die Grenzen einer Internet-Diskussion; es müssen andere Beteiligungsformen hinzukommen, die gezielt auf die Situ-

ation vor Ort oder auf spezifische Bevölkerungsgruppen zugeschnitten sind. Dies gilt insbesondere auch für sozial belastete Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund, die bislang nur begrenzt erreicht wurden.

Ergebnisse

„Was heißt hier familienfreundlich? Und was ist ein familienfreundlicher Wohnort?“ Dieses waren die Leitfragen für die Online-Diskussion. Sie wurden von den Teilnehmenden in einer thematischen Breite beantwortet, die zeigt, dass Familienpolitik ganzheitlich und als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist. Angesprochen wurden Wohnen und Wohnumfeld, Kinderbetreuung, Schule und Ausbildung, Erwerbstätigkeit, finanzielle Fragen, Freizeit und Kultur, bürgerschaftliches Engagement, Selbst- und Nachbarschaftshilfe u.a.m. Familienfreundlichkeit setzt sich aus vielfältigen Facetten zusammen und ist kein starres Schema. Was familienfreundlich ist, unterscheidet sich nach der jeweiligen Lebenslage und verändert sich im Zeitverlauf mit dem Wandel der Anforderungen, denen sich Familien stellen müssen.

In der Gesamtbewertung des Wohnorts Hamburg überwogen zunächst kritische Stimmen. In der weiteren Diskussion wurden zunehmend positive Stimmen laut, etwa bei der Bewertung von Quartieren. Auch (tages-)aktuelle und Hamburg-spezifische Fragen spiegelten sich - erwartungsgemäß - in den Aussagen wider, so

beispielsweise die medienwirksamen Themen HafenCity und Elbphilharmonie oder auch Büchergeld, KitaCard und (drohende) Schulschließungen.

Diskussion bedeutet, dass auch widersprochen oder hinterfragt wurde.

Auffällig ist, dass es keine „blinden Flecken“ gab, d.h. dass alle Themen, die aus der örtlichen und regionalen Familienpolitik bekannt sind, von den Teilnehmenden angesprochen wurden (vgl. Abschnitt 5.1).

Im Ergebnis ist es gelungen, eine „Checkliste Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ zusammenzustellen, die eine Vielzahl von Hinweisen und Anregungen enthält. Schlaglichtartig können folgende Schwerpunkte festgehalten werden:

- *Wohnungen:*

Ein großer Diskussionspunkt waren die Wohnkosten. Insbesondere die Miethöhe wurde häufig kritisiert. Empirisch gesehen ist im Umland Hamburgs der Anteil des Einkommens, der für Wohnen aufgewandt wird, oft noch höher als in der Stadt selbst. Dies wird von den Familien aber nicht unbedingt so wahrgenommen – sicherlich kein hamburgspezifisches Problem. Auffällig ist, dass Familien, die Wohneigentum bilden wollen, nicht genug über Kosten und Fördermöglichkeiten informiert sind. Einige Beiträge weisen auf sehr starke Belastungen bis zur Gefahr des Wohnungsverlusts hin; dies gilt insbesondere für Alleinerziehende oder kinderreiche Familien.

Letztere berichten auch von Schwierigkeiten, Wohnungen in der benötigten Größe und geeignetem Zuschnitt überhaupt zu finden. Es werden Hinweise für Umbaumaßnahmen gegeben, z.B. Zusammenlegung kleiner Wohnungen.

Aus fachlicher Sicht lassen sich auch (vermeintliche) Widersprüche erkennen. Ein Beispiel: Junge Familien verfügen, etwa wenn nur ein Partner erwerbstätig ist, über vergleichsweise wenig Geld, so dass die Mietkosten von hoher Bedeutung sind. Gleichzeitig werden variable Wohnungszuschnitte vorgeschlagen, die familienfreundlich seien; derartige Wohnungen sind aber teuer. Für eine Großstadt wie Hamburg können u.U. dennoch beide Aussagen von Bedeutung sein, indem sie Hinweise für ein differenziertes Wohnangebot für unterschiedliche Zielgruppen geben.

(vgl. Abschnitt 5.2, 5.4)

- *Wohnumfeld:*

Die Beiträge zeigen, dass eine baulich abwechslungsreiche und individuell gestaltete Umwelt eher als familienfreundlich wahrgenommen wird. Viele Beiträge betonen die Bedeutung von Möglichkeiten zum gemeinsamen Aufenthalt und zu alltäglichen Begegnungen: Sie werden gelobt, wenn sie vorhanden sind, oder ihr Fehlen wird beklagt. Gefordert wird ein „lebendiges Quartier“, das sowohl durch die baulich-architektonische Gestaltung als auch durch Maßnahmen und Aktivitäten (u.a. Quartiers-

management, Treffpunkte, Vereine) unterstützt werden kann.

Für Familien mit kleinen Kindern sind Spielplätze besonders wichtig. Sie müssen schnell und sicher erreichbar, überschaubar und sauber sein. Hierzu hat das Wohnumfeld von den Teilnehmenden mehrfach gute Noten bekommen. Auch das Vorhandensein von viel öffentlichem Grün wurde gelobt.

Wichtig ist ferner eine gute Verkehrsanbindung. Gerade Familien sind häufig auf einen guten ÖPNV angewiesen. Hier wurde gelegentlich die mangelnde Barrierefreiheit bemängelt. Wie in anderen Städten, so wurden auch in Hamburg Maßnahmen der Verkehrsberuhigung kontrovers diskutiert. Sie sind für Familien ambivalent, denn einerseits nehmen sie am Individualverkehr teil, andererseits sind Aspekte wie Sicherheit, Platzmangel und Umweltbelastungen für sie von besonderer Bedeutung. Hierzu gibt es keine pauschalen Lösungen; diese können oftmals nur kleinräumig unter Beteiligung der Betroffenen gesucht werden. (vgl. Abschnitt 5.5, 5.6)

• **Soziale Infrastruktur:**

Zu einem familienfreundlichen Wohnort gehört, dass Eltern Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren können. Entsprechend viele Beiträge sowie Verbesserungsvorschläge und Wünsche gab es zur Kinderbetreuung und zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt. Intensiv diskutiert wurde über qualitative Aspekte von

Schulen ebenso wie über die geplanten Schulschließungen, die erwartungsgemäß häufiger kritisiert wurden. Einige Beiträge betonten die Bedeutung der vorhandenen Bildungs- und Beratungsangebote für Eltern und wiesen auf die vorhandenen Angebote sowie die Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden, hin. (vgl. Abschnitt 5.6.2, 5.7)

• **Familienfreundliche Gesellschaft:**

An einem familienfreundlichen Wohnort wirken viele unterschiedliche Akteure mit. Je nach Diskussionspunkt werden neben Politik und Verwaltung auch die Wohnungswirtschaft, Arbeitgeber, Geschäfte, Restaurants – und nicht zuletzt auch die eigenen Nachbarn! – gefordert. Neben konkreten Maßnahmen wird eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit vorgeschlagen, um das öffentliche Klima zu beeinflussen und familienbezogenen Anliegen mehr Gehör und mehr Nachdruck zu verleihen. (vgl. Abschnitt 5.8)

Diese Schlaglichter zeigen, dass die rege Beteiligung zu hervorragenden Ergebnissen geführt hat. Sicher ist nicht alles neu; das war auch nicht zu erwarten. Aber es liegen nun viele und vielfältige Einschätzungen und Vorschläge vor, die aus Hamburg kommen und für Hamburg sind. Nun kommt es darauf an, diesen „Ideen-schatz“ zu nutzen.

Aus der Bestandsaufnahme sind die Checkliste und Handlungsempfehlungen hervorgegangen. Es wurden eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschla-

gen und Anregungen gegeben, die sich an ganz unterschiedliche Adressaten richten. Nun ist es notwendig, jeweils die Machbarkeit zu prüfen, Prioritäten zu setzen und dabei möglichst ein offenes Ohr für Innovationen zu haben. Bei einigen der Vorschläge ist eine zeitnahe Umsetzung möglich. Im Interesse des hier angestoßenen Prozesses sollten möglichst kurzfristig Erfolge erreicht und öffentlich bekannt gemacht werden. Ein Beispiel hierfür sind die recht häufig genannten Informationsdefizite: Mit relativ geringem Aufwand können Informationen für Familien bereitgestellt und die Zugänge zu vorhandenen Angeboten verbessert werden.

Auch wenn die Antworten und Hinweise lediglich Anregungscharakter beanspruchen können, sollte darüber nachgedacht werden, ob sie nicht zumindest in Teilbereichen mit einer gewissen Verbindlichkeit ausgestattet werden sollten. Für das Handeln der verfassten Kommune kann die Politik einen verbindlichen Orientierungsrahmen setzen und die Schaffung von mehr Familienfreundlichkeit als Ziel benennen. Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen Wege, wie dieses umgesetzt werden kann: Beispiele sind die Benennung von „Kümmerern“, die mit entsprechenden (Einmischungs-)Kompetenzen ausgestattet sind, die Bildung von ämterübergreifenden Arbeitsgruppen oder

die Einführung eines Prüfverfahrens zur Familien- und Kinderfreundlichkeit. In jedem Fall ist eine Verbesserung der Familien- und Kinderfreundlichkeit nur als Prozess denkbar, an dem viele motivierte Akteure verbindlich mitarbeiten. Motivation und Schaffung von Verbindlichkeit – beides kann durch erfolgreiche Maßnahmen und deren Veröffentlichung unterstützt werden. Nicht jede Aussage gilt überall. Insbesondere Aussagen auf Stadtteilebene sind nur begrenzt möglich; zudem wurden einige Bevölkerungsgruppen kaum erreicht. Hier sind als Ergänzung andere Beteiligungsformen notwendig: direkte Ansprache, zugehende Angebote im Quartier, Einbeziehung von vorhandenen Einrichtungen, Vereinen, Initiativen usw. Die vorliegenden Ergebnisse bieten eine hervorragende Basis, aber keinen Endpunkt. Es sollte darauf aufgebaut werden, um die Partizipation fortzuführen. Dann wird sich zeigen, welche Aussagen in welchem Quartier von hoher Bedeutung sind. Und es bietet sich noch eine weitere Chance: Wer vor Ort beteiligt wird, kann nicht nur bei der Entscheidungsfindung mitwirken; oftmals finden sich dabei auch Personen, die bereit sind, die Umsetzung von Maßnahmen zu unterstützen und freiwillig Aufgaben im Rahmen eines bürgerschaftlichen Engagements zu übernehmen.

„Familienfreundlicher Wohnort Hamburg“ – die Ansprache über das Internet hat junge Familien erreicht. Nicht zuletzt angesichts des demographischen Wandels setzt sich zunehmend ein Verständnis von „Familienfreundlichkeit“ durch³, das die Unterstützung des Zusammenhalts aller Generationen von Jung bis Alt betont. In einigen Beiträgen werden generationenübergreifende Ansätze angesprochen, z.B. Mehrgenerationenwohnen und gemeinschaftliches Wohnen, Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten für alle Generationen u.a.m. Erfahrungen aus anderen Städten liefern weitere Beispiele, etwa: Wo es barrierefrei ist, kommt

man mit dem Kinderwagen, dem Rollstuhl und dem Rolator durch. Eine Maßnahme (hier: die Schaffung von Barrierefreiheit) kann also gleichermaßen kinder- und familienfreundlich, altengerecht und notwendig für Menschen mit Behinderungen sein. Das ermöglicht breite Bündnisse, von denen der Standort und die hier lebenden Familien profitieren können.

Dr. Andreas Borchers
Institut für Entwicklungsplanung
und Strukturforschung GmbH
Lister Straße 15
30163 Hannover
Telefon: 0511 / 399-7270
Mail: borchers@ies.uni-hannover.de

³ Vgl. Hellmann, Michaela; Borchers, Andreas (2002): Familien- und Kinderfreundlichkeit. Prüfverfahren – Beteiligung – Verwaltungshandeln. Ein Praxisbuch für Kommunen. Stuttgart (Schriftenreihe des BMFSFJ Band 221)